

HUNDERT JAHRE BERGBAU AM LINKEN NIEDERRHEIN

SCHWERE JUGEND

Wirtschaftliche Unternehmungen wachsen auf wie die Menschen. Ihr Schicksal wird bestimmt durch ihre Vorfahren — das sind in diesem Falle die Gründer —, außerdem aber auch durch ihre Umwelt, durch das Milieu, in dem sie geboren werden. Bei dem Unternehmen, dessen Geschichte auf den hier folgenden Seiten erzählt werden soll, war das Milieu dadurch gekennzeichnet, dass der Gründer für sein Vorhaben einen Standort wählte, der außerhalb jener Bezirke lag, in denen Bergbau und Industrie ihre ersten Anfänge erlebt hatten.

Die Montanindustrie an Rhein und Ruhr begann ihre Geschichte auf dem rechten Ufer des Rheins, an der Ruhr, in ihren Seitentälern und in den Gebieten nördlich davon bis zur Emscher. Die alten Pionierfamilien der industriellen Karriere des Rheinlands und Westfalens saßen in Essen, Oberhausen, Dortmund, Hagen und Wetter: Die Krupps, die Harkorts und andere zu Berühmtheit gelangten Geschlechter begannen mit ihren Werken sämtlich rechts des Rheins. Auf dem linken Ufer war es anfangs ein einziger Mann, der das Wagnis unternahm, dort nach Kohle zu suchen, nämlich Franz Haniel. Seine Gründung, das Unternehmen Rheinpreussen, hat sich charakteristische Besonderheiten bis in unsere Tage hinein erhalten, auch nachdem andere Bergwerksunternehmen in seiner Nachbarschaft emporwuchsen. Damit ist zugleich gesagt, dass die Geschichte von Rheinpreussen in mancher Hinsicht andere Züge aufweist als die Historie des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus im ganzen — sofern man von einem solchen Ganzen überhaupt sprechen kann.

Der Entschluss Franz Haniels, auf die andere Seite des Rheins hinüberzugehen, bedeutete für seine Zeit offenbar eine solche Kühnheit, ein solches Novum, dass allein schon hier die Wurzeln der Sonderstellung liegen, die Rheinpreussen einnimmt.

11. Februar 1857

Aber bevor wir die wichtigsten dieser Besonderheiten schildern — wobei wir uns nicht sklavisch an die Jahre und ihren Turnus klammern wollen —, müssen wir ein paar Daten und Zahlen der Geburt, der Jugend und des ersten Wachstums des Hanielschen „Kindes“ festhalten. Beim Menschen ist es leicht, sein Geburtsdatum genau zu bezeichnen. Eines Tages kommt er zur Welt, und dieser Tag ist sein Geburtstag. Bei einem wirtschaftlichen Unternehmen ist der „Geburtstag“ von einem anderen Gesichtswinkel aus anzusehen.

Als am 05. Juli 1851 der Königlich Preußische Geheime Kommerzienrat Franz Haniel an das Bergamt Düren ein Konzessionsgesuch richtete und die Verleihung eines Grubenfeldes für die Gewinnung von Steinkohle und Eisenstein beantragte, war das neue Unternehmen als solches noch keineswegs entstanden. Folgerichtig feierte Rheinpreussen seinen einhundertsten Geburtstag nicht etwa im Jahre 1951, sondern man hält sich an ein anderes Datum. Am 11. Februar 1857 unterzeichnete der zuständige Minister in Berlin die Konzessionsurkunde; und diesen Tag hat man mit

Recht als Geburtstag von Rheinpreussen ausersehen; denn im Augenblick der Unterzeichnung dieser Urkunde trat das Unternehmen amtlich ins Leben. In den fünfundeinhalb Jahren, die zwischen dem Konzessionsgesuch und der Erteilung der königlichen Genehmigung lagen, war freilich schon allerlei geschehen, sowohl was die Suche nach Kohle anbelangte, wie auch im „Papierkrieg“, der offensichtlich schon damals unvermeidlich war. Zwei Wochen nach der Einreichung des Konzessionsgesuches, am 21. Juli 1851, begann Franz Haniel mit der ersten Bohrung, aber erst fast drei Jahre später, am 15. Mai 1854, stieß man beim sechsten Versuch in 174,5 Meter Teufe auf Kohle. Inzwischen hatten sich andere Unternehmer mit dem Versuch von Feldererwerb in der Nachbarschaft zu Wort gemeldet; sie protestierten gegen die beabsichtigte Konzessionserteilung an Franz Haniel, der sich zugleich auch mit Gemeinden und ihren Ansprüchen auseinander zu setzen hatte. Das Gebiet am linken Niederrhein war plötzlich „Mode“ geworden; andere Interessenten versuchten dem Hanielschen Vorhaben allerlei Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Aber Franz Haniel setzte sich durch; alle Ränke und Eifersüchteleien konnten die Konzessionserteilung nicht aufhalten und auch nicht verhindern, dass Franz Haniel weitere Verleihungen erhielt, die seinen Felderbesitz rasch wesentlich vergrößerten.

Rund 15.557,-- ha hatte er ursprünglich beantragt; das war eine noch nie dagewesene Größenordnung, und auch die Zuteilung von über 35.000,-- Morgen, die er schließlich wegen der besondere bergbaulichen Verhältnisse am linken Niederrhein erhielt, bedeutete noch einen Rekord. Nach preußischem Bergrecht, wie es rechtsrheinisch galt, wäre eine solche Ausdehnung der Gerechtsame gar nicht möglich gewesen, aber linksrheinisch war bis 1865 noch französisches Bergrecht in Kraft; und dieser Tatsache verdankte Franz Haniel den beachtlichen Anfangserfolg.

DER MANN, DER DEN MERGEL BESIEGTE

Es war nicht der erste Erfolg, den Franz Haniel in seinem Leben zu verzeichnen hatte. Werfen wir rasch einen Blick auf den Lebensweg dieses bedeutenden, aus der Geschichte der rheinischen Wirtschaft nicht wegzudenkenden Mannes. Er stand um die Mitte des 19. Jahrhunderts — in seinem siebzigsten Lebensjahr — bereits auf stolzer Höhe unternehmerischer Erfolge. Er war der Spross einer Familie, die im 17. Jahrhundert aus Pommern an den Rhein gezogen war; der Ursprung des Geschlechts hatte aber wahrscheinlich in Flandern gelegen. Der Vater Franz Haniels betrieb in Ruhrort ein Handelsgeschäft; die Familie war vom Weinhandel in den Kohlenhandel und in die Spedition gelangt. Verwandtschaftliche Beziehungen verbanden die Haniels mit der Essener Familie Huysen und mit den Jacobis in Oberhausen, geschäftliche Beziehungen mit den Krupps — von der Familie Krupp übernahmen die Haniels zusammen mit den Jacobis und den Huysens die Eisenhütte Neu-Essen, die sie mit zwei anderen Eisenhüttenwerken in der Oberhausener Gegend verschmolzen, woraus später die Gutehoffnungshütte entstand. Franz Haniel war damals erst 29 Jahre alt, aber schon ein höchst erfolgreicher und bekannter Kaufmann und Industrieller. Zwanzig Jahre später streckte er die ersten Fühler nach dem linken Rheinufer aus, indem er am 25. August 1828 bedeutende Ländereien und ein großes Stück des Homberger Waldes erwarb, zunächst vielleicht nur aus Gründen der landwirtschaftlichen Nutzung. Im übrigen aber widmete sich Franz Haniel, was seine bergbauliche Unternehmungen anbelangte, damals noch ausschließlich der rechtsrheinischen Kohle. Er war der erste, dem es gelang, einen Schacht im Mergelgebiet

niederzubringen. Dies geschah in den Jahren 1831—1834; der Schacht erhielt den Namen „Franz“.

Es war eine kühne Tat, vor der die Bergleute bis dahin zurückgeschreckt waren, weil die geologischen und technischen Schwierigkeiten unüberwindlich erschienen. Aber es war wohl der Einblick in das wachsende Eisenhüttenwesen und dessen zukünftige Brennstoffversorgung, eine wichtige wirtschaftliche Perspektive, die Franz Haniel veranlasste, den großen Wurf zu wagen und sich mit dem Mergel auseinander zu setzen.

Die Hochöfen der Eisenhütten brauchen guten Koks, wie ihn nur die Fettkohlen der tieferen Schichten liefern können. Der alte Stollenbau erreichte diese Schichten nicht; also galt es, mit neuartigen Methoden durch die wasserhaltigen Mergelschichten hindurchzustoßen, — und dies gelang dem Industriepionier Franz Haniel.

Er war einer der ersten, die im Koksbedarf der Hüttenwerke einen durchaus wichtigen Aspekt der industriellen Zukunft ahnten. Der Steinkohlenbergbau an der Ruhr, das sah Franz Haniel wohl damals schon, konnte auf die Dauer seine Aufgaben nicht erfüllen, wenn er auf sein ursprüngliches Gebiet beschränkt blieb.

DIE KOHLE „WANDERT“

Die Ausdehnung ins Mergelgebiet nördlich von Duisburg entsprang dieser Einsicht. Beim nächsten Schritt Franz Haniels, den er zu erneuter Ausweitung des geographischen Radius der Kohle tat, bei dem Schritt über den Rhein hinweg, scheint allerdings der Gedanke an die Eisenhütten keine wesentliche Rolle gespielt zu haben, sondern der Kohlenhändler Franz Haniel hatte offenbar das Bestreben der Konkurrenz entgegenzutreten, die der preußische Bergfiskus mit der Saarkohle den Ruhrzechen im Geschäft am Oberrhein bereitete. Diesem Wettbewerb konnten nur die „nassen“ Zechen entgegentreten, die am Wasserweg liegenden und nicht von der Bahntarifpolitik des Staates abhängigen Bergwerke.

Zwischen Rheinpreussen und den Eisenhüttenwerken, an denen die Haniels zusammen mit anderen Familien interessiert waren, haben niemals irgendwelche engeren wirtschaftlichen oder finanziellen Zusammenhänge bestanden.

Rheinpreussen ist nach der im Ruhrbergbau üblichen Begriffsbestimmung stets eine „reine“ Zeche geblieben, wobei das Wort „rein“ bedeutet, dass das betreffende Unternehmen nicht zum Interessenbereich einer Eisenhütte (oder eines anderen Großverbrauchers von Kohle) gehört und dass insbesondere keine kapitalmäßige Beteiligung einer Eisenhütte oder anderer Unternehmen an der Zeche besteht. Die Auseinandersetzung zwischen den „reinen“ Zechen und den sogenannten Hüttenzechen spielte in der Geschichte des Ruhrbergbaus etwa von den 1880er Jahren an, d.h. in jener Zeit, in der Rheinhausen in größerem Stile in Förderung kam, eine sehr wichtige Rolle, insbesondere auch bei der Gründung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats im Jahre 1893.

Bleiben wir aber zunächst bei der „Wanderung“ der Kohle, bei der Geographie des Bergbaus. Was bedeutet das alte Bergmannswort, das da sagt: die Kohle „wandert“ ...? Es ist eine gleichsam poetische Formel, die mit dichterischer Freiheit den wahren Sachverhalt umschreibt und eigentlich das Gegenteil von dem meint, was sie sagt. Nüchtern betrachtet, kann man natürlich nicht davon sprechen, dass die Kohle wandert, sondern der Mensch wandert der Kohle nach. Im Ruhrbergbau hat sich diese Wanderung der Zechen in der Hauptsache von Süden nach Norden vollzogen. Die Anfänge des Steinkohlenbergbaus in Rheinland-Westfalen lagen am den Ufern der Ruhr, in den Stollenbauten, die horizontal in den Berg hineingingen. Von hier aus

dehnte sich der Bergbau später nach Norden aus. Haniels Zeche „Franz“, die erste im Mergelgebiet errichtete Schachtanlage, und später die Zeche „Zollverein“ waren in diesem Sinne der Beginn der großen „Wanderung“ nach dem Norden. Man wusste damals schon, dass die Kohlenvorkommen sich auch nach Westen hin unter dem Rhein fortsetzten. Schon die Tatsache, dass noch weiter westlich, im Aachener Revier, Steinkohle bereits im 12. Jahrhundert gefördert wurde, früher als an der Ruhr, schon diese Tatsache sprach für das Vorhandensein eines durchgehenden Kohlenvorkommens.

DAS GEHEIMNIS DES STROMS

Geologisch gesehen, ist der Rhein keine Grenze der Mineralien, aber geographisch war er bis weit ins 19. Jahrhundert hinein ein so wichtiger und starker Riegel, dass die Ausdehnung des Bergbaus über den Rhein hinweg oder, wenn man es so will, unter dem großen Strom her den meisten Menschen als ein abwegiger Gedanke erscheinen musste. Drüben im Kreise Moers und in den Nachbarbezirken, insbesondere nach Nordwesten und Norden hinauf, fehlte es ja auch fast vollkommen an einer gewerblichen Tradition, wie sie auf dem rechten Ufer des Rheins seit langem bestand. Es war also Neuland in mehr als einem Sinne, in das Franz Haniel vorstieß, als er 1851 im Kreise Moers nach Kohle zu bohren begann. Ist der Rhein aber nicht im Bewusstsein der Menschen auch in unseren Tagen noch eine Scheidelinie, eine Grenze besonderer Art geblieben? Wir können uns heute kaum noch eine Vorstellung davon machen, wie sehr er in der Praxis des Lebens reale Grenze war, als das Verkehrswesen noch in primitiven Anfängen steckte, als es keine Brücken gab! Zwischen dem Duisburg-Ruhrorter Gebiet und dem Kreise Moers wurde erst 1907 die erste Brücke errichtet! Was vorher der Begriff des „Drüben“, des anderen Ufers, bedeutete, das ist inzwischen längst in die Vergangenheit versunken. Die Bahnen, die Autos auf den Straßen respektieren den Rhein nicht mehr. Aber ein psychisches Geheimnis ist der Strom dennoch geblieben — der Mensch sieht die andere Seite nach wie vor als ein anderes Land

VIER PHASEN

Überblickt man das Wachstum von Rheinpreussen in seinem ganzen Verlauf, so lassen sich vier Entwicklungsphasen nachzeichnen. Die erste war ein an Rückschlägen reicher, zäher Kampf um die Fertigstellung der ersten Anlage mit Schacht I und II, ein Ringen, das fast zwanzig Jahre währte, bevor überhaupt die erste Tonne Kohle gefördert werden konnte.

Als Franz Haniel den Erfolg der Konzessionserteilung verbuchen und sich des Vorteils eines ungewöhnlich großen Felderbesitzes erfreuen konnte, ahnte er noch nicht, welche Schwierigkeiten die Durchführung des Vorhabens mit sich bringen würde, ahnte er vor allem nicht, dass er selbst die Kohle aus Rheinpreussen nicht mehr zu Gesicht bekommen sollte. Es musste sehr viel Geld und Intelligenz in das Gebirge gesteckt werden, bevor der Aufwand sich zu lohnen begann. Die Nachwirkungen beeinflussten die Entwicklung des Unternehmens bis in die 1880er Jahre und setzten sich zum Teil sogar in den Anfang der 1890er Jahre hinein fort. Die zweite Phase, die die erste zeitlich teilweise überlagerte, brachte die Niederbringung dreier weiterer Schächte und damit von den 1890er Jahren an eine verhältnismäßig rasche Ausdehnung der Förderung.

Als dritte Phase kann man die Entwicklung der Pattbergschächte betrachten, die in ihren allerersten Anfängen einige Jahre vor dem ersten Weltkrieg begann, aber erst im Jahre 1927 in der Aufnahme der Förderung gipfelte.

Die vierte Phase schließlich lässt sich ohne genauere zeitliche Abtrennung in der Entwicklung von Rheinpreussen zu einem gemischten Unternehmen des Bergbaus, der Energieerzeugung, der Kraftstoffgewinnung sowie weiterer Erzeugungszweige der Chemie sehen. Diese Phase ist beim einhundertsten Geburtstag des Unternehmens noch keineswegs abgeschlossen.

Orientiert man sich an den leitenden Männern, so war die erste Phase das Werk von Franz Haniel und Heinrich Hochstrate; die zweite stand schon weitgehend im Zeichen des Wirkens von Heinrich Pattberg, dessen kraftvolle Persönlichkeit die dritte Phase beherrschte, und in der vierten schließlich rückte der Name Heinrich Kost in den Vordergrund.

HEINRICH HOCHSTRATE

Franz Haniel, der Gründer, erreichte ein sehr hohes Alter; aber als er am 24. April 1868 in seinem Geburtsort Ruhrort starb, hatte der Neunundachtzigjährige die Krönung seines Werkes nicht mehr erleben können, wenigstens nicht, was Rheinpreussen selbst betraf, denn es schien, als ob die Vollendung des ersten Rheinpreussen-Schachtes in weite Ferne gerückt sei: Vier Jahre nach dem Beginn der Arbeiten, im Sommer 1861, war man erst bis in eine Teufe von 94 Metern gelangt, als ein gewaltiger Durchbruch der Schachtsohle erfolgte, bei dem der Schwimmsand um mehr als 17 Meter im Schacht aufstieg. Trotzdem entschloss man sich zur Fortsetzung der Arbeiten.

Von entscheidender Bedeutung für ihren Fortgang wie auch für die spätere Entwicklung war zwei Jahre nach der Unterbrechung der Arbeiten die Berufung des Obersteigers Heinrich Hochstrate zum technischen Leiter. Dieser energische Mann konnte das schwierige Problem zwar auch nicht mit einem Schlage lösen, aber er begann mit einer systematischen Unterstützung und Neuplanung. Man ging nach der Wiederaufnahme der Abteufarbeiten dazu über, neue, engere Senkschächte einzusetzen, wenn man nicht mehr vorankam; insgesamt wurden nach der Unterbrechung, die im Jahre 1861 eintrat, noch vier Senkschächte eingesetzt, von denen der letzte nur noch eine lichte Weite von 2,68 Metern hatte. Mit diesem Senkschacht wurde schließlich nach über zwanzigjähriger Abteufzeit das feste Gebirge erreicht; aber erst im Frühjahr 1877 konnte man sagen, dass die Vorbereitungszeit zum Abschluss gekommen war. Inzwischen war Franz Haniel längst tot, und sein Sohn, der Geheime Kommerzienrat Hugo Haniel, hatte die Leitung übernommen, nachdem er bereits jahrelang vorher als „Repräsentant“ praktisch die Führung innegehabt hatte.

DIE „GEWERKSCHAFT RHEINPREUSSEN“

Nach dem Tode Franz Haniels wurde der Bergwerksbesitz der Firma von dem Ruhrorter Stammgeschäft, der Kohlenhandlung und Spedition, abgetrennt, und jedes der drei Hanielschen Bergwerke — Zollverein, Neumühl und Rheinpreussen — erhielt die Rechtsform einer selbständigen Gewerkschaft. Jede dieser Gewerkschaften gliederte sich in tausend Kuxe, die sich ausschließlich im Besitz der sechs direkten Nachkommen Franz Haniels befanden. Hatte bis dahin die Firma Franz Haniel allein die Kosten des ganzen Vorhabens getragen, so setzte nun auch in der Finanzierung eine neue Ära ein, denn die Gewerkschaft Rheinpreussen konnte

von ihren Gewerken Zubeußen einfordern; an die Stelle des Geldes von Franz Haniel trat das Geld seiner Erben.

Wenn wir an dieser Stelle einen kurzen Seitenblick in die Unternehmensformen des Bergbaus werfen, so deshalb, weil gerade aus Anlass des Rheinpreussen-Geburtstages die Rechtsform der bergrechtlichen Gewerkschaft vor dem Vergessenwerden bewahrt werden sollte, — das Unternehmen Rheinpreussen hat fast 85 Jahre in dieser Form gelebt! Die Unternehmensform der bergrechtlichen Gewerkschaft ist heute nahezu ganz von der Bildfläche verschwunden; die Aktiengesellschaft beherrscht das Feld. Auch Rheinpreussen ist im Jahre 1951 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden, aber damit ist zugleich gesagt, dass das Unternehmen länger als die meisten anderen Zechen an der Gewerkschaftsform festgehalten hatte.

Die bergrechtliche Gewerkschaft unterscheidet sich in wichtigen Punkten von der Aktiengesellschaft. Der am meisten ins Auge springende Unterschied ist, dass der einzelne Eigentumsanteil nicht auf einen festen Nominalbetrag lautet wie die Aktie, also beispielsweise nicht auf 1.000,--DM, sondern dass der Kux — so nennt man hier den Eigentumsanteil — einen bestimmten Teil des Gesamtvermögens repräsentiert, und zwar in der Regel den tausendsten Teil. Beträge der Wert des ganzen Unternehmens also beispielsweise 100 Millionen DM, so stellt der tausendteilige Kux einen Wert von 100.000,-- DM dar. Braucht das Unternehmen Geld, entweder, weil es neue Anlagen errichten oder sein Geschäft auf andere Weise ausdehnen will, oder aber auch, weil es Verluste erlitten hat und seine Vermögensrechnung wieder in Ordnung bringen muss, so kann es eine Zubeuße ausschreiben, das heißt eine Nachzahlung von den Gewerken, den Eigentümern der Kuxe, einfordern. Die Pflicht zur Zahlung einer solchen Zubeuße ist Bestandteil des Vertragsverhältnisses, in dem der Eigentümer des Kuxes zu dem Unternehmen steht. Das bedeutet, dass der Kuxenbesitzer, wenn er die Zubeußen nicht zahlen kann oder nicht zahlen will, den Kux verkaufen muss, womit die Zubeußepflicht auf den Erwerber übergeht, was naturgemäß nicht ohne Einfluss auf den Preis des Kuxes ist. Bei der Aktie, dem Eigentumsanteil an dem in Form der Aktiengesellschaft arbeitenden Unternehmen, gibt es keine solchen Zubeußen.

VOM KUX ZUR AKTIE

Die bergrechtliche Gewerkschaft und der Kux als Eigentumsanteil an einem solchen Unternehmen sind altes deutsches Rechtsgut, viel älter als die Aktiengesellschaft; und der Bergbau jeder Art hat sich früher dieses Finanzierungsinstrumentes und dieser Rechtsform im Regelfalle bedient. Um die Jahrhundertwende wurden an der Düsseldorfer Börse mehr als 200 Kuxe im offiziellen Wertpapierverkehr gehandelt. Freilich drang schon damals die Aktiengesellschaft vor, und die Zusammenschlussbewegung im Bergbau führte dazu, dass immer mehr Gewerkschaften von größeren Aktiengesellschaften übernommen wurden. Die Aktie ist beweglicher, sie ist eine leichter zu verwertende Vermögensanlage; andererseits ist der Kux das geeignete Werkzeug zur Finanzierung von Vorhaben, deren geldliches Gesamtgewicht und deren Ertragschancen sich anfänglich schwer beurteilen lassen. So war der Kux das Gründungs- und Finanzierungsinstrument der bergbaulichen Pionierzeit. Neuaufschlüsse von Kohlenzechen ersprachen zwar unter Umständen hohen Gewinn, enthielten zugleich aber auch ein großes Risiko. Mit einer solchen Mischung von Wagnis und Chance konnte man in der Regel nicht sogleich das breite Publikum der Kapitalgeber ansprechen, sondern nur einen jeweils begrenzten Kreis von finanzkräftigen Einzelinteressenten. Aber der Mensch lebt nicht

ewig, auch die Gründer der bergrechtlichen Gewerkschaften verschwinden einmal aus dieser Welt, und mit der Zahl ihrer Kinder und Enkel wächst dann auch die Zahl der Eigentümer, von denen durchaus nicht alle mit dem Besitz so eng verbunden sind, dass sie ihn unter allen Umständen durchhalten wollen. Hierin lag — nicht bei Rheinpreussen, aber in vielen anderen Fällen — oft ein wichtiger Grund für die von Gewerkschaften in Aktiengesellschaften.

Bei Rheinpreussen sprach mit — und damit greifen wir der historischen Entwicklung rasch einmal weit voraus —, dass im Jahre 1951 das Mitbestimmungsrecht in Kraft trat, d.h. die Einbeziehung der Arbeitnehmer in die unternehmerische Verantwortung im Kohlenbergbau und in der eisenschaffenden Industrie. Die Mitverantwortung der Arbeiter und Angestellten wird dadurch dokumentiert, dass die Arbeitnehmer Vertreter in die Aufsichtsräte und Vorstände der Unternehmungen entsenden. Was die Vorstände anbelangt, so wurde durch das Mitbestimmungsgesetz der sogenannte Arbeitsdirektor geschaffen, der innerhalb des Vorstandes die Interessen der Belegschaft zu vertreten und die sozialen Fragen zu bearbeiten hat.

Die bergrechtliche Gewerkschaft war nicht das geeignete Feld für die Anwendung der neuen unternehmensrechtlichen und sozialwirtschaftlichen Prinzipien. So erhielten die schon vorher gepflogenen Gedankengänge für die Umgründung einen neuen, entscheidenden Anstoß.

DURCHBRUCH ZUM ERFOLG

Kehren wir nach diesem Exkurs zur Frühgeschichte von Rheinpreussen zurück: Trotz der zeitweise geradezu entmutigenden Schwierigkeiten, denen die Niederbringung des ersten Schachtes begegnete, entschloss man sich 1866, zwei Jahre vor Franz Haniels Tod, zum Abteufen eines zweiten Schachtes. Er war aus Sicherheitsgründen eine betriebliche Notwendigkeit, aber dass man mit dieser Arbeit in einem Zeitpunkt begann, in dem man durchaus noch keine volle Klarheit über die Erfolgsaussichten der ganzen Schachtanlage hatte, das zeugte doch von einem hohen Maß an Zuversicht und Risikofreudigkeit. Bei der Niederbringung von Schacht II konnte Hochstrate freilich die Erfahrung verwenden, die man beim Abteufen von Schacht I gesammelt hatte, man kam mehr als fünf Jahre früher zum Ziel als beim Schacht I und brauchte dazu nur ein Drittel der für diesen aufgewendeten Zeit. Bereits 1876 kam Schacht II in Förderung und erreichte die allerdings noch recht bescheidene Tonnenzahl von 5.455; bis 1880 wurde die Produktion auf etwa 136.000 Tonnen gesteigert. Dann hätte es an sich schneller aufwärts gehen können, aber Rheinpreussen kam nun in die Kohlenkrise der 1880er Jahre, in denen die Preise auf einen vorher nie gekannten Tiefstand sanken; der Ruhrbergbau erlitt damals mit einiger Verspätung die Sonderkrise, die in der übrigen Industrie bereits in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre wieder überwunden worden war. Trotzdem verlor Hochstrate nicht den Mut, vielmehr gelang es ihm, die Gewerken davon zu überzeugen, dass für eine kommende Kohlenkonjunktur die Niederbringung eines dritten Schachtes zu empfehlen sei. Dabei sprachen auch wichtige technische Gründe mit, vor allem der Wunsch, die großen Wasserzuflüsse auf Schacht I/II nach einem neuen Schacht abzuleiten.

In dieser Zeit, Anfang der 1890er Jahre, konnte sich Heinrich Hochstrate bereits auf die Mitarbeit eines damals noch jungen Bergmannes stützen, der später den Ausbau der Zechenanlage vollenden sollte: Heinrich Pattberg war 1887 als Maschinensteiger bei Rheinpreussen eingetreten und auf Grund seiner besonderen Tüchtigkeit bereits 1891 zum Obersteiger ernannt worden.

Schacht III wurde verhältnismäßig schnell und glücklich niedergebracht; im Dezember 1891 begann man mit den Arbeiten, im November 1894 erreichte man das Steinkohlengebirge, und Anfang 1898 konnte man mit der Förderung beginnen. Inzwischen war Heinrich Hochstrate gestorben, und Pattberg war an seine Stelle getreten; inzwischen hatten sich aber auch die Kohlenpreise nach der Gründung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats im Jahre 1897 wesentlich gebessert. Vor allem stieg mit der fortschreitenden Industrialisierung der allgemeine Kohlenbedarf immer rascher an, so dass im Herbst 1900 die Niederbringung von Schacht IV und unmittelbar danach das Abteufen von Schacht V begonnen wurden. Diese beiden Schächte konnten nach neuen, zum Teil von Pattberg selbst stammenden Verfahren noch rascher als Schacht II vollendet werden; sie kamen in den Jahren 1904 und 1905 in Förderung.

DIE ÄRA PATTBERG

Mit zwei Millionen Tonnen Kohlenförderung im Jahre 1906 war Rheinpreussen am Beginn des neuen Jahrhunderts zu einem großen Zechenunternehmen herangewachsen. Rheinpreussen hatte länger als andere Zechen gebraucht, um „erwachsen“ zu werden, und die Jugend war schwer genug gewesen. Aber Pattberg war nicht der Mann, der sich auf mühevoll errungenem Lorbeer ausruhte, — noch vor dem ersten Weltkrieg steuerte er ein neues Ziel an, das sich in der Aufschließung des neuen Kohlenvorkommens der Gewerkschaft Rheinland verkörperte (sämtliche Kuxe dieser Gewerkschaft sind im Eigentum von Rheinpreussen). Die Rheinland-Schächte, mit deren Abteufen 1922 begonnen wurde, waren von langer Hand vorbereitet worden. Insgeheim hatte Pattberg bereits in den Jahren unmittelbar vor dem ersten Weltkrieg große Geländekäufe getätigt; mit den Bohrversuchen hatte man aber erst im März 1919 begonnen, nachdem der Krieg zu einem Aufschub des Vorhabens genötigt hatte. Wegen der ungewissen Wirtschaftslage wurden die Abteufarbeiten zweimal unterbrochen; erst im Jahre 1926 erreichte man auf Schacht VI in 317 Metern Tiefe das Steinkohlengebirge; 1927 konnte die Förderung aufgenommen werden. 1931 wurde mit der Niederbringung von Schacht VII begonnen, in einer Zeit, in der der Bergbau sich dem Tiefpunkt der wirtschaftlichen Depression näherte. Infolge der allgemeinen Krise war die Finanzierung nicht mehr aus eigenen Mitteln möglich; es mussten Kredite von 500.000 Pfund Sterling aufgenommen werden, die einige große Bankhäuser beschafften. Die Tatsache, dass in dieser Zeit, als die ausländischen Finanziers ganz allgemein ihre Kredite aus Deutschland abzogen, für Rheinpreussen noch ein solcher Kredit bereitgestellt werden konnte, sprach für das große Ansehen, dessen sich Rheinpreussen erfreute. Heute sind die Pattbergschächte das Kernstück von Rheinpreussen. Im Namen dieser großen und modern ausgebauten Schachtanlage lebt einer der bedeutendsten Bergleute weiter, ein Mann aus jener Garde, die die Ruhrkohle schon vor dem ersten Weltkrieg zu großen Erfolgen geführt hatte und die zwischen den Kriegen das zeitweise verlorengegangene Terrain zurückzugewinnen vermochte. Heinrich Pattberg leitete Rheinpreussen bis zum Jahre 1932; sein Wirken ist unvergessen und immerwährend spürbar.

Von rund 18.000 Tonnen durchschnittlicher Tagesförderung im Jahre 1955 entfiel ein Drittel auf die Pattbergschächte, die die bei weitem höchste Leistung pro Mann und Schicht aufweisen. Die restlichen zwei Drittel teilen sich die älteren Schächte IV und V und die Zeche Neumühl, rechtsrheinisch gelegen, deren Entwicklung hier nur in ganz kurzen Zügen geschildert werden kann.

NEUMÜHL, DER RECHTSRHEINISCHE PATNER

Neumühl ist gleich Rheinpreussen und der Zeche Zollverein alter Hanielscher Familienbesitz. In ihren ersten Anfängen geht die Zeche Neumühl noch auf den Geheimen Kommerzienrat Franz Haniel zurück. Allerdings hat Franz Haniel nur die Vorbereitung dieses Aufschlusses in Händen gehabt: die Bohrversuche, die Ankäufe von Grubenfeldern und schließlich die Gründung der Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerkes Neumühl. Diese bergrechtliche Gewerkschaft wurde im Frühjahr 1867 errichtet, wobei Franz Haniels ältester Sohn Hugo seinen Vater vertrat. Ursprünglich erfolgte die Gründung gemeinsam mit einer seit Generationen als Gutsbesitzer in Neumühl ansässigen Familie namens Morian; Daniel Morian hatte bereits 1853 auf Verabredung mit Franz Haniel in Neumühl nach Kohle gebohrt. In den 1890er Jahren gingen alle Kuxe von Neumühl in den Besitz der Familie Haniel über. Mit der Niederbringung des ersten Schachtes begann Neumühl erst im März 1893, also vier Jahrzehnte nach den ersten Bohrungen. Ähnlich wie bei Rheinpreussen wurde die Niederbringung des ersten Schachtes erschwert durch Schwimmsand und Mergelschichten; und es dauerte bis in den Hochsommer 1896, ehe mit der Kohlenförderung begonnen werden konnte. Die Förderung hob sich erst nach der Jahrhundertwende rascher an und überschritt im Jahre 1902 zum ersten Male die Millionengrenze. Im Jahre 1904 wurde Neumühl Mitglied des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats mit einer Jahresbeteiligung von 1,65 Millionen Tonnen. Bis in die 1930er Jahre hinein wurden Betrieb und Verwaltung von Neumühl getrennt von Rheinpreussen geführt. Dem Syndikat gegenüber trat man zwar gemeinsam auf, aber die Betriebe selbst hatten nichts miteinander zu tun. Die gemeinsame Verwaltung von Rheinpreussen und Neumühl wurde erstmalig im Jahre 1930 erwogen, jedoch wieder zurückgestellt, bis man Mitte 1933 doch dazu kam, die Verwaltung in Homberg zusammenzufassen.

Schließlich erfolgte die betriebliche Vereinigung im Herbst 1951, als Rheinpreussen die Gewerkschaftsform aufgab und in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Durch den Abschluss eines Organschafts- und Betriebsüberlassungs-Vertrages kam es zu diesem Zeitpunkt zur völligen Eingliederung von Neumühl in den Betrieb von Rheinpreussen, wenn auch die Zeche Neumühl unter dem Namen „Bergbau und Industrie Aktiengesellschaft Neumühl“ als juristische Person weiterbesteht.

EINE „REINE“ ZECHE

So griff die Entwicklung gleichsam zurück auf das rechte Rheinufer, von dem vor fast einhundert Jahren Franz Haniel herübergekommen war, — die beiden Ufer befanden sich in einer neuen Gemeinschaft, über den Strom hinweg, mit dem „Kopf“ auf der linken Seite, mit Rheinpreussen als dem in dieser „Amalgamation“ führenden Unternehmen. Dieser in der Sprache der Bergwerksunternehmer an Rhein und Ruhr im 19. Jahrhundert übliche Ausdruck, die Amalgamation oder Amalgamierung, war ein beliebtes wirtschaftspolitisches Schlagwort jener Zeit, in der der Bergbau schwer zu ringen hatte mit den Konkurrenzproblemen, mit dem Preisdruck und mit der Überkapazität. Amalgamieren heißt so viel wie mischen, vereinigen, ineinander fügen — wirtschaftlich, im Leben der Unternehmungen, also fusionieren, wie man später zu sagen pflegte: im Interesse der Rationalisierung sich vereinigen. Rheinpreussen hat sich dem allgemeinen Amalgamationsbestreben versagt und blieb „konzernfrei“; aber eine Einzel-Amalgamation erwies sich doch als ratsam und nützlich, die Übernahme von Neumühl. Das änderte aber nichts am Prinzipiellen, an der Tatsache, dass Rheinpreussen niemals die Konzernbildung mitgemacht hat oder in

sie einbezogen wurde, — die Konzentrations-Transaktionen, wie sie das Kennzeichen der unternehmungswirtschaftlichen Entwicklung rechts des Rheins waren, insbesondere in Gestalt der Einbeziehung von Steinkohlenbergwerken in den Wirkungskreis der Eisenhüttenwerke. Das lag nicht etwa daran, dass die Kohle von Rheinpreussen sich nicht zur Verkokung eignet; das Gegenteil ist der Fall. Die „Amalgamierung“ der Steinkohlenzechen mit den Eisenhüttenwerken hatte ihre Wurzeln in technisch-wirtschaftlichen Überlegungen, die die Versorgung der Hüttenwerke mit Brennstoff von regelmäßig gleicher Qualität und ähnliche technisch-ökonomische Probleme betrafen: Sicherung der Rohstoffgrundlagen und darüber hinaus die technischen Motive einer rationellen Energie- und Wärmeverwertung im Kreislauf von Bergwerk, Kokerei, Gaswirtschaft, Hochofenhitze und Erzeugung elektrischer Kraft waren die Beweggründe für die Konzentration. Der „Verbund“ universellen Stils war und ist das Ideal der Männer von Kohle und Eisen. Wenn Rheinpreussen außerhalb solcher Kombinationen und Konzentrationsvorgänge blieb, so mag dies auch daran gelegen haben, dass das Unternehmen in seinen anfänglich großen Wachstumsschwierigkeiten kein besonders reizvolles Objekt war, dass es aber dann gleichsam über Nacht unter der Leitung Heinrich Pattbergs zu einer „Perle“ wurde, — Rheinpreussen konnte es sich alsdann erlauben, nach dem alten Grundsatz zu verfahren, wonach der Starke am mächtigsten allein ist.

1904: EINTRITT INS SYNDIKAT

Das alles bedeutet nicht, dass Rheinpreussen den fortschrittlichen Ideen des „Verbundes“ sich verschlossen hätte.

Aber die Sonderstellung Rheinpreussens durch das Fernbleiben von der allgemein zu beobachtenden Konzentrationsbewegung hatte noch einen speziellen Grund, der in der Tatsache lag, dass Rheinpreussen lange Zeit hindurch auf dem linken Rheinufer ein Einspänner blieb: Fünfzig Jahre lang war Rheinpreussen das einzige Bergwerksunternehmen am linken Niederrhein. Die „Mode“ der fünfziger Jahre war schnell vererbt; die ersten Erfahrungen von Rheinpreussen hatten andere Interessenten abgeschreckt — niemand war so zäh und zielstrebig gewesen wie die Haniels, wie Hochstrate und Pattberg. Erst im 20. Jahrhundert, und zwar 1906, traten andere Unternehmen an die Aufgabe heran, den Kohlenvorrat links des Rheins aufzuschließen. Auch darin, in der Einspännerschaft, lag natürlich lange Zeit hindurch ein Grund für die Sonderstellung von Rheinpreussen, deren verschiedenen Seiten wir uns später zuwenden wollen.

Diese besondere Position kam neben anderem auch darin zum Ausdruck, dass Rheinpreussen, als 1893 die ruinösen Absatzkämpfe im Ruhrbergbau durch die Gründung des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats beendet wurden, dem Syndikat nicht beitrug. Das lag nicht nur daran, dass Rheinpreussen damals — es war in der Zeit, als Pattberg die Leitung übernahm — mit seiner langsam wachsenden Förderung und seinen günstigen Absatzchancen insbesondere nach Holland, ferner auch mit seiner guten Vertriebsposition, die die Firma Franz Haniel bot, eine überbetriebliche Ordnung des Absatzes gar nicht brauchte, sondern es kam in dieser Außenseiterschaft eben doch wieder ganz einfach die allgemeine bergbaupolitische und psychologische Sonderstellung zum Ausdruck, die das linksrheinische Zechenunternehmen gegenüber dem rechtsrheinischen Gros des Steinkohlenbergbaus einnahm. Was das Syndikat anbelangt, so änderte sich dieses Verhältnis erst im 20. Jahrhundert. 1904 erreichte Rheinpreussen zum ersten Male eine Jahresproduktion von 1 Millionen Tonnen und begann damit zu einem Faktor

am Kohlenmarkt zu werden, den man nicht mehr übersehen konnte. 1906, d.h. also nach nur zwei Jahren, hatte sich die Förderung bereits auf 2 Millionen Tonnen erhöht; dann verlangsamte sich der Anstieg, und Rheinpreussen brachte es im letzten Jahr vor dem ersten Weltkrieg auf 2,76 Millionen Tonnen Förderung. Aber bereits im Jahre 1904 muß man sich in Fachkreisen darüber klar gewesen sein, dass in Rheinpreussen mehr steckte, als die damalige Förderung rein äußerlich erkennen ließ, sonst hätte man Generaldirektor Pattberg wahrscheinlich nicht gleich zu Anfang 3 Millionen Tonnen Syndikatsbeteiligung, also das Dreifache dessen, was Rheinpreussen damals tatsächlich förderte angeboten, um das Unternehmen ins Syndikat hineinzubekommen. Diese Offerte war großzügig, sie war zu vorteilhaft, als dass Rheinpreussen sie hätte ablehnen und „draußenbleiben“ können. Im ganzen war das Ergebnis der um die Jahrhundertwende liegenden Jahre, dass der Anteil von Rheinpreussen an der gesamten Ruhrkohlenförderung von 0,9 v.H. im Jahre 1893 auf 2,4 v.H. im Jahre 1913 stieg; im Jahre 1955 hat das Unternehmen einschließlich Neumühl einen Anteil von 4,5 v.H. erreicht.

DIE SELBSTFINANZIERUNG

Erst sehr spät hatte Rheinpreussen zum erstenmal eine Ausbeute an die Gewerke bezahlt. In den ersten zehn Jahren hatte Franz Haniel die kostspielige Finanzierung des Feldererwerbs, der langwierigen Bohrungen und der verlustreichen Phasen des Schachtbaus ganz allein aufgebracht, indem er die Überschüsse seiner sonstigen Unternehmungen und Beteiligungen immer wieder in die Aufschließungsarbeiten bei Rheinpreussen hineingesteckt hatte. Nach dem Tode Franz Haniels setzten seine Erben diese Politik der zähen Beharrlichkeit und der finanziellen Opfer geduldig fort. Es sollte nach Franz Haniels Ableben noch Jahrzehnte dauern, ehe die Erben zum erstenmal eine Ausbeute erhielten. Immer wieder leisteten sie Zubeußen wie vorher Franz Haniel selbst — von 1851 bis 1874 im ganzen 1,16 Millionen Taler, sodann von 1875 bis 1888 fast 4 Millionen Mark —, und immer wieder erklärten sie sich damit einverstanden, dass die aus der Produktion erzielten Gewinne zur Finanzierung neuer Investitionen verwendet wurden.

Es hatte dreißig Jahre gedauert, bis Rheinpreussen aus den „roten Zahlen“ herauskam und keine Zubeußen mehr einzuziehen brauchte, aber sobald gegen Ende der 1890er Jahre bei einer Jahresförderung von etwa 500.000 Tonnen die ersten Überschüsse anfielen, setzte Heinrich Hochstrate es Hugo Haniel und den übrigen Eigentümern gegenüber durch, dass die Niederbringung eines dritten Schachtes in Angriff genommen wurde, — mit anderen Worten: Die Gewinne wurden zum weiteren Ausbau verwendet und nicht an die Gewerke ausgeschüttet.

..... IST HISTORISCH GERECHTFERTIGT

Die sogenannte Selbstfinanzierung ist nämlich gar nichts Neues, wie es manche Diskussionen in unserer Zeit vermuten lassen könnten — Debatten, in denen fast regelmäßig ein Verdammungsurteil über die Selbstfinanzierung ausgesprochen wird —, sondern sie ist genau so alt wie der Bergbau selbst und überhaupt wie die ganze Wirtschaft im modernen Sinne. Zu allen Zeiten haben die Unternehmungen aller Art und aller Größenklassen ihre Entwicklung und ihren Ausbau mindestens zum Teil, in der Regel sogar zu einem großen Teil aus den Erträgen finanziert, und zu allen Zeiten haben kluge und tüchtige Eigentümer der Unternehmungen den größten Teil ihrer Gewinne nicht für ihren persönlichen Lebensunterhalt verbraucht, sondern sie zur Ausweitung und Vervollkommnung ihrer Betriebsanlagen benutzt.

Das alles waren früher Selbstverständlichkeiten, und erst nach der gewaltigen Steigerung der Steuersätze hat man angefangen, die sogenannte Selbstfinanzierung zu beargwöhnen. Wir vergessen zu leicht, dass in den Zeiten unserer Großväter, d.h. also zu Hochstrates Zeiten und als Pattberg die Leitung übernahm, der Spitzensatz der Einkommensteuerprogression bei 4 v.H. lag! Damals gab es keine Probleme der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten oder ähnliche Fragen, die heute bewirken, dass überhaupt kaum noch ein unternehmerischer Entschluss gefasst wird, ohne dass dabei die steuerlichen Wirkungen eine ausschlaggebende Rolle spielen. In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts flossen alljährlich nur etwa 10 v.H. des Volkseinkommens durch die Kassen und Bücher der öffentlichen Hand; heute beträgt der Anteil 42 v.H. Das ist es, was Wachstum und Rationalisierung in allen Wirtschaftszweigen hemmt, und dessen sollten wir uns bewusst bleiben, besonders bei den Auseinandersetzungen über die Selbstfinanzierung, — gerade in der Erinnerung an jene Zeiten, in denen die alten Gründer und Promotoren des Bergbaus die Entwicklung ihrer Betriebe durch fortgesetzte Eigenkapitalbildung vorantrieben, indem sie die Überschüsse zu neuen Investitionen verwendeten. Rheinpreussens Geschichte illustriert diese Gestaltung — bis in die Anfänge des 20. Jahrhunderts hinein. Nach dem ersten Weltkrieg aber wurden die Aufgaben größer als die Selbstfinanzierungskräfte.

HÖHEN UND TÄLER

In der Rückschau auf die Zeit um die Jahrhundertwende wird der unauflöslche Zusammenhang zwischen der gesunden Finanzierung und der Produktionssteigerung — d.h. der Mehrbeschäftigung, also einer sozialen Aufgabe — besonders deutlich sichtbar. Bringt man die Zahlen der Kohlenförderung in einem statistischen Kurvenbild zur Darstellung, so ergibt sich bis zu dem Jahre, in dem der erste Weltkrieg ausbrach, ein zunächst langsamer, dann aber steiler Anstieg. Die Zeichnung beginnt im Jahre 1876; erst zwanzig Jahre nach der Ausfertigung der Konzession konnte Rheinpreussen mit der Förderung beginnen. Bis in die 1890er Jahre hinein vollzog sich der Anstieg verhältnismäßig flach; dann aber, vom Jahre 1897 ab, wurde das Tempo lebhafter, wobei die Grafik genau erkennen lässt, wie viel jeweils die einzelnen Schächte zum Gesamtergebnis beitrugen. Sie lösten einander ab, die Linien steigen hintereinander an und fallen wieder ab, die Kurve für Schacht III vorzeitig — diese Anlage wurde bereits kurz vor dem Beginn des ersten Weltkrieges stillgelegt —, während Schacht I und II länger lebten, nämlich bis in die zweite Hälfte der 1920er Jahre hinein. 1904 / 1905 begann die Förderung auf den Schächten IV und V. Die Pattbergschächte, die 1927 in Förderung kamen, hoben schließlich, zusammen mit Neumühl, das Förderergebnis weit über die vorherigen Zahlen hinaus.

Im ganzen sind die Kurven recht gebirgig, mit zackigen Gipfeln und schroffen Schluchten, von denen die tiefste im 20. Jahrhundert, in der Elendszeit von 1945, liegt. Das war die Zeit, in der nach dem verlorenen Krieg und nach den schweren Schäden, die die Bomben der alliierten Luftwaffe geschlagen hatten, die Bergarbeiter, durch die Kriegsnot geschwächt und nach einem Kalorienkatalog höchst ungenügend ernährt, kaum noch in der Lage waren, der Arbeit nachzugehen. Fast alle Wohnungen waren zerstört oder schwer beschädigt; die Zukunft war von einem schwarzen Vorhang verdeckt; niemand vermochte an ein neues Glück zu glauben. Die Förderung von Rheinpreussen lag zwar pro Mann und Schicht auch damals noch erheblich über dem Durchschnitt im Ruhrbergbau, aber sie sank doch

auf etwa drei Fünftel dessen herab, was unmittelbar vor dem zweiten Weltkrieg und in seinem ersten Jahr erreicht worden war.

Diese Leistung pro Mann und Schicht, der sogenannte Schichtförderanteil, ist eines der wichtigsten statistischen Daten, die der ganze Bergbau und mit ihm die einzelnen Zechen und Zechengruppen kennen. Seit es eine derartige Gesamtstatistik gibt, ist Rheinpreussen stets in der Spitzengruppe gewesen, und zeitweise — so auch heute wieder — bedeuteten die Leistungen von Rheinpreussen in dieser Hinsicht Rekordzahlen. Das lag nicht zuletzt an den versuchsfreudigen Technikern, die immer wieder durch Neukonstruktionen von Fördermitteln und Maschinen Wege suchten, um die Arbeit des Bergmanns zu erleichtern. Gerade weil die Männer von Rheinpreussen in den ersten Jahrzehnten so schwer mit dem Gebirge und dem Wasser zu ringen hatten, entbrannte in ihnen immer wieder der Ehrgeiz nach Spitzenleistungen in der Rationalisierung und Mechanisierung.

ERINNERUNG AN SCHWERSTE ZEITEN

Die Kurve der Gesamtförderung zeigte indessen nicht nur in und unmittelbar nach den beiden Weltkriegen so tiefe Schluchten, sondern auch im tiefsten Frieden ergab sich einmal ein schwerer Rückschlag. Das war in der Weltkrise am Beginn der 1930er Jahre, in der Zeit, als man im Deutschen Reich mehr als sechs Millionen Arbeitslose zählte, als zahlreiche Fabriken und Werkstätten stilllagen und der Kohleverbrauch immer weiter absank, als die Kohlenförderung des Ruhrgebietes auf die Zahlen der 1890er Jahren zurückfiel und als sich der Menschen eine Mutlosigkeit bemächtigte, wie es niemals vorher im deutschen Wirtschaftsleben festzustellen war. Noch tiefer war die Förderung abgesunken, als in dem Nachkriegselend zu Beginn der 1920er Jahre Ruhrkampf, passiver Widerstand, kommunistische Revolten, Kapp-Putsch und Micum (Interalliierte Kontrollkommission für die Eisenindustrie und die Bergwerke) die Innen- und Außenpolitik bestimmten. Unter solchen äußeren Verhältnissen, die sich auch bei Rheinpreussen durch Unruhen und Unzufriedenheit in der Belegschaft auswirkten, war eine rationelle Förderung schließlich überhaupt nicht mehr möglich.

Wie der gesamte Ruhrbergbau, so konnte sich auch Rheinpreussen von diesem Schock nur sehr langsam wieder erholen. Die politischen Verhältnisse stabilisierten sich zwar nach 1924 ziemlich rasch — wenigstens dem äußeren Anschein nach —, aber die Lage des internationalen Kohlenmarktes erzwang sogar nach dem Ende der Inflation und nach der Währungsstabilisierung noch Einschränkungsmaßnahmen: Auf Schacht I/II überstiegen im Sommer 1925 schließlich infolge des geringen Ausnutzungsgrades der Anlagen die Selbstkosten die Erlöse erheblich, so dass im August 1925 die Stilllegung dieser ältesten Zeche unvermeidlich wurde. Wenn dem Bergbau nicht kurz danach ein glücklicher Zufall eine bessere Chance gegeben hätte, wäre nicht abzusehen gewesen, wohin der Schrumpfungsprozess noch geführt hätte.

Aber das alte Sprichwort von der größten Not, in der die Hilfe am nächsten ist, sollte sich wieder einmal bewahrheiten: Im Jahre 1926 brach in Großbritannien der große Bergarbeiterstreik aus, ein weltbewegendes Ereignis, das für mehrere Monate die englischen, walisischen und schottischen Gruben fast gänzlich lahm legte, die britische Kohle fast völlig vom Weltmarkt verschwinden ließ, die Nachfrage nach deutscher Kohle plötzlich mächtig hinauftrieb und dem Ruhrbergbau gleichsam über Nacht eine größere Bedeutung als je zuvor auf dem Weltmarkt zuwies. Die allgemeine Konjunktur kam in den folgenden Jahren dieser Aufwärtsbewegung weiter zugute. Wenn der Bergbau trotzdem auch im Spitzenjahr dieser Konjunktur —

1929 — nicht ganz die Vorkriegsförderung erreichen konnte, so zog doch in den Jahren 1927/28 wieder einiger Optimismus ein. Er mündete freilich schon nach der verhältnismäßig kurzen Zeit von drei Jahren in neue Schwächetendenzen ein, die sich alsdann zu einer Depression verschärften, die wiederum große soziale und wirtschaftliche Nöte mit sich brachte.

DIE KRISE AM BEGINN DER DREISSIGER JAHRE

Vergleicht man mit diesen Nöten, deren sich heute nur noch die Älteren unter uns zu entsinnen vermögen, den Anstieg, der auf Rheinpreussen seit 1946 und sodann erst recht seit der Geldreform von 1948 einsetzte, so wird umso klarer, welche Sorgen die Väter der jetzt lebenden Generation durchzumachen hatten. Das galt besonders für die Jahre von 1930 bis 1932, die mehrfach Lohnsenkungen brachten, da auf andere Weise mit dem Selbstkostenproblem überhaupt nicht mehr fertig zu werden war. In unseren Jahren, in denen der Energiebedarf ununterbrochen ansteigt und in die der hundertste Geburtstag von Rheinpreussen fällt, vermögen wir uns derartige Maßnahmen überhaupt nicht mehr vorzustellen. Stilllegungen ganzer Schächte aus Gründen der Absatzlage erscheinen uns als etwas geradezu Unmögliches. Heute ist auch ein Wort fast unbekannt geworden, das früher einmal der Schrecken der Bergleute und ihrer Familien war, das Wort „Feierschicht“. Seit dem zweiten Weltkrieg hat es unfreiwillige Feierschichten der Bergleute im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau kaum mehr gegeben, abgesehen von einer kurzen Zeit der Flaute um das Jahr 1954. Aber von da an stand der Kohlenmarkt im Zeichen des Mangels — Mangel an Kohle, Mangel an Arbeitskräften.

Man kann sich heute kaum noch in die Situation hineinversetzen, wie sie beispielsweise am Anfang der dreißiger Jahre zu verzeichnen war. Die Hochkonjunktur von 1928/29 machte sehr schnell einer Enttäuschung Platz; schon das Jahr 1930 brachte erhebliche Absatzschwierigkeiten. In den sechs Jahren von 1930 bis 1935 mussten auf Rheinpreussen IV und V insgesamt 508 Feierschichten eingelegt werden, auf den Pattbergschächten 440; das bedeutete bei einer normalen jährlichen Schichtzahl von 305, dass rund 28 v.H. aller Schichten auf den Rheinpreussen-Schächten und rund 24 v.H. auf den Pattbergschächten gefeiert werden mussten.

Diese beträchtlichen Betriebseinschränkungen mit ihrem empfindlichen Verdienstausschlag für die Bergleute ließen sich nicht vermeiden, obwohl die Belegschaftszahl in den Jahren von 1929 bis 1932 um fast ein Viertel verringert wurde, nachdem schon in den vorangegangenen Jahren Entlassungen hatten vorgenommen werden müssen. Mit dem Rückgang der Gesamtbelegschaftszahl um 24,1 v.H. lag Rheinpreussen dabei unter dem Ruhrgebietsdurchschnitt, mit den Feierschichten dagegen darüber. Man versuchte also alles Menschenmögliche, um die Bergleute vor dem Schrecken der völligen Beschäftigungslosigkeit zu bewahren. Aber dieses Streben hatte seine Grenzen in den hohen unproduktiven Kosten der Feierschichten, die für das Unternehmen selbst finanziell eine auf die Dauer gar nicht zu tragende Belastung brachten. Wären die Pattbergschächte und daneben auch die Schachtanlagen IV und V nicht technisch aufs modernste ausgestattet gewesen, so hätten diese schweren Zeiten Rheinpreussen noch weiter zurückgeworfen. In dieser Zeit rechtfertigte und bewährte sich also erst recht die Konzentration der Förderung auf die neuen Schächte sowie andererseits die gleichzeitige Stilllegung der Anlagen I/II und III.

RHEINPREUSSENS SONDERSTELLUNG

Dem Leser sind auf den vorangegangenen Seiten einige Gedanken skizziert worden, die sich bei der Betrachtung der Förderkurve aufdrängen. Die Gegenwart hat andere Sorgen als die Zeiten, deren Charakteristikum die tiefen Täler in den Zickzacklinien der Statistik sind. Aber bevor wir den Blick auf den Zustand Rheinpreussens an seinem einhundertsten Geburtstag wenden, müssen wir doch noch einige Bemerkungen einschalten, die die Besonderheiten der Entwicklung des Unternehmens zum Gegenstand haben.

Da meldet sich im Anschluss an das vorhergehende Kapitel vor allem die Frage: Was war entscheidend für die Spitzenstellung Rheinpreussens in der Entwicklung der Mechanisierung? Die flache Lagerung der Flöze oder die vorerst noch verhältnismäßig geringe Teufe im Abbau gewähren dabei im Vergleich zu den rechtsrheinischen Zechen einen gewichtigen Vorzug, aber dies erklärt nicht alles. Wichtiger waren und sind die besonderen Anstrengungen, die die führenden Männer auf Rheinpreussen seit jeher der Rationalisierung gewidmet haben. Geologische Gegebenheiten, wie sie auf den Rheinpreussen-Kohlenfeldern vorliegen, bedeuten nicht nur einen von der Natur geschenkten Vorteil, sondern sie schaffen zugleich auch eine volkswirtschaftliche Verpflichtung der Zechen, auf denen aus diesen natürlichen Vorzügen heraus die finanzielle Ertragslage den Durchschnitt aller Steinkohlenzechen überragt. Diese Zechen haben damit nicht nur die Möglichkeit, sondern zugleich auch die Pflicht, in der Mechanisierung und ganz allgemein in der Rationalisierung — die Mechanisierung ist ja nur der rein maschinentechnische Teil der Rationalisierung, d.h. der ständig fortschreitenden Intensivierung und Verbilligung der Produktion — voranzugehen. Sie sind gleichsam die Pioniere, der Vortrupp, der neue Wege bahnt, neue Verfahren zu ersinnen und zu erproben hat, Fortschritte, die alsdann, wenn sie die Bewährungsprobe bestanden haben, von anderen Zechenbetrieben übernommen werden können, womit sich das Gesamtniveau der Produktion und der Erträge heben kann.

VOM WESEN DER RATIONALISIERUNG

Das ist nicht nur im Steinkohlenbergbau so, sondern in gewissem Umfange auch in anderen Wirtschaftszweigen, aber im Bergbau wird dieses zeitliche und sachliche Verhältnis der Pioniere zur späteren allgemeinen Leistung, dieses Vorangehen, besonders deutlich, weil es eben hier mindestens zu einem großen Teil die natürlichen Produktionsbedingungen sind, die die Voraussetzungen für einen Rationalisierungsvorsprung bestimmter einzelner Unternehmungen schaffen. Im übrigen wird, was bei dieser Gelegenheit einmal vermerkt zu werden verdient, bei den Gesprächen über die Rationalisierung oft vergessen, dass die Rationalisierung eine ständige Aufgabe ist. Wohl hat es immer wieder Perioden gegeben, in denen Versäumnisse nachzuholen, unverschuldetes Zurückbleiben in der technischen Entwicklung wieder gutzumachen waren, beispielsweise nach Kriegszeiten; aber davon abgesehen, ist die technische Weiterentwicklung ein „Perpetuum“, eine kontinuierliche Pflicht, ein Daueranliegen. Die Technik steht nie still, und wenn Nachholpflichten zuweilen sich wie isolierte Stöße ausnehmen, wie ruckartige Schritte, so darf dies doch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Rationalisierung im ganzen eine permanente Aufgabe darstellt, ein immerwährendes Bemühen um die möglichst rationelle Lösung der Produktionsaufgaben. „Rationell“ — das Wort stammt aus dem Lateinischen; die alten Römer verstanden unter der „ratio“ den tätigen Verstand, die Vernunft, nicht im Sinne der geistvollen Nachdenklichkeit, sondern als lebendig wirkende Kraft — die „rechnende Vernunft“, so könnte man die

Ratio am besten übersetzen. Die Rationalisierung in unserem heutigen Sinne ist also nicht nur das Streben nach technischer Perfektion, sondern ganz allgemein die Bemühung um den Fortschritt zur Erleichterung der menschlichen Anstrengungen auch im Organisatorischen und in jeder anderen Hinsicht. Die Mechanisierung ist nur eine Teilaufgabe innerhalb dieses Rahmens, wenn auch eine überaus wichtige.

DER EINFLUSS DER SUBSTITUTIONSKONKURRENZ

Gerade am Beispiel Rheinpreussen lassen sich die Gedankengänge durch die einhundertjährige Geschichte immer wieder verfolgen. Gerade hier zeigt sich der Charakter der Rationalisierung als eine unaufhörlich aktuelle, als eine stets und ständig akute Aufgabe und Pflicht. Der wirtschaftende Mensch und der Techniker werden unbarmherzig vom Schicksal immer wieder gleichsam mit der Nase auf diese Pflicht gestoßen, und zwar, wie das Beispiel der Steinkohle mit eindringlicher Klarheit lehrt, schon aus den allgemeinen technischen und ökonomischen Wandlungen heraus, die die Welt ständig von neuem gebiert.

Man vergegenwärtigte sich nur etwa den Wettbewerb, den heute das Oel als Heizstoff der Kohle bereitet: Sicher ist das Oel einer der Faktoren, die den Steinkohlenbergbau in die Rationalisierung mit hineinzwingen. Die Männer der Kohle mögen wollen oder nicht — es ist ein Existenzinteresse, das ihnen die Pistole auf die Brust setzt: Rationalisiere, oder du wirst auf der Strecke bleiben!

Ein weiterer Antrieb zur Rationalisierung geht von dem Zwang aus, den Menschen, die in der Kohle arbeiten, immer bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, da nur auf diese Weise eine gewisse Gewähr dafür gegeben ist, stets eine ausreichende Anzahl von Menschen für die Arbeit in der Kohle zu interessieren, sie zu halten und ihnen einen Lebensstandard zu bieten, der eher über als unter dem allgemeinen Durchschnitt liegt.

Nun, bisher ist die Kohle nicht auf der Strecke geblieben, und sie wird es auch in Zukunft nicht, wenn die führenden Männer, die schließlich doch mit jedem Handicap fertig geworden sind, sich die alten Impulse bewahren. Aber niemand kann die Augen davor verschließen, dass gerade dieses hier nur als Beispiel flüchtig angedeutete Problem der Konkurrenz des Heizoels wieder einmal eines mit aller Deutlichkeit zeigt: Diese Form des Wettbewerbs, nicht die Konkurrenz der Erzeuger gleichartiger Güter untereinander, sondern die sogenannte Substitutionskonkurrenz, wie sie die Wirtschaftswissenschaft bezeichnet, das ist der weitaus schwerere Wettbewerbskampf.

Wenn die Verbraucher „ausweichen“, wenn sie sich anderen Gütern zuwenden, so ist das die ernstere, die härtere, die folgenschwerere Konkurrenz, als wenn sich die Erzeuger ein und desselben Gutes gegenseitig den Absatz streitig und das Leben sauer machen. Gerade aus diesem Grunde aber ist die Substitutionskonkurrenz auch die wirksamste Peitsche zur Rationalisierung. — Und wenn nicht alles täuscht, so tritt der Kohlenbergbau jetzt in dieser Hinsicht in eine entscheidende Bewährungsprobe ein.

PIONIER DER RATIONALISIERUNG

Ein Rückblick auf die technische Entwicklung von Rheinpreussen zeigt, dass man sich nicht damit begnügte, auf dem Althergebrachten weiter aufzubauen, sondern immer wieder versuchte, vollkommen neue technische Wege zu gehen, — mochte es sich dabei um die erste elektrische Wasserhaltung auf Schacht III handeln, die noch übertage einen besonderen Drehstromgenerator mit Dampftrieb hatte — dieses

Aggregat war übrigens 1902 auf der Weltausstellung in Düsseldorf zu sehen — oder um neue Schachtbohrverfahren nach Pattberg für das Weiterabteufen der Schächte IV und V.

Im Jahre 1907 wurde die Schüttelrutsche, die maschinelle Nachahmung des Schaufelwurfs, auf Rheinpreussen erfunden; und man muss festhalten, dass mit der Schaffung eines solchen Strebfördermittels erstmalig im Bergbau der ganzen Welt die Grundlage zur Schaffung von Großbetrieben gegeben wurde, die zugleich erhöhte Sicherheit und gesteigerte Produktion ergaben. Die folgenden Jahre zeigten, dass Rheinpreussen von dieser Möglichkeit recht gut Gebrauch zu machen verstand. Auf dem Gebiet der elektrischen Grubenbahn blieb man nicht bei dem Gleichstrom-Motor, der schon in Straßen- und Grubenbahnen sich bewährt hatte, sondern in der Zeit um 1911, als die ersten Vorort- und Schnellbahnen mit Einphasen-Wechselstrom-Motoren gebaut wurden, versuchte Rheinpreussen, auch die Vorteile dieses Systems für die neuen Grubenbahnen auf Schacht IV und V und später auf der Schachanlage I/II anzuwenden. Es war ein langer und hartnäckiger technischer Kampf, um eine elektrische Grubenbahn dieses Systems den Untertageverhältnissen anzupassen. Heute fahren in ganz Deutschland nur noch auf Rheinpreussen IV und V die elektrischen Grubenbahnen mit Einphasen-Wechselstrom 50 Hz. Sie haben im Laufe der Entwicklungsjahre einen ausgezeichneten technischen Stand erreicht.

1925 entsandte Rheinpreussen Bergwerksdirektor Unterberg nach Amerika, damit er dort die maschinellen Einrichtungen des Bergbaus studieren sollte. Anregungen, die Unterberg auf dieser Reise gewann, führten Rheinpreussen zu der Fließförderung mit Bändern in den Strecken und zur Gefäßförderung in Blindschächten. Die Erfahrungen mit diesen Einrichtungen ließen den Gedanken zu einer Großgefäßförderung im späteren Pattbergschacht I reifen, die den Übergang zur vollkommenen Großraumförderung mit Großförderwagen ermöglichte.

Im Jahre 1926 gehörte Rheinpreussen zu den drei ersten Schachanlagen des Ruhrgebietes, die von der Bergbehörde die Erlaubnis zur Verwendung elektrischer Energie in schlagwettergeschützten Betriebsmitteln im Abbau erhielten.

Die Rheinpreussen-Schachanlagen gehörten auch zu den ersten Schachanlagen des Ruhrgebietes, die schon frühzeitig versuchten, die Versatzarbeit durch verschiedene Blasversatzmaschinen zu mechanisieren. Im Jahre 1927 und 1928 finden wir hier die verschiedensten Blasversatzsysteme. Man erkannte die Vorteile des neuen Verfahrens, aber auch gleichzeitig den außerordentlich hohen Energiebedarf; daher versuchte man, auch den Versatz mit Hilfe von elektrisch angetriebenen Maschinen einzubringen, um so eine billigere Energieform ausnutzen zu können. Im Oktober 1933 wurde das erste Bergeschleuderband auf Rheinpreussen Schacht V in Betrieb genommen. Es gehört auch heute noch zu den sichersten und billigsten mechanischen Versatzverfahren.

Die weitere Mechanisierung der Kohलगewinnung selbst setzte erst im zweiten Weltkrieg auf breiter Front ein. Im Jahre 1940 baute Rheinpreussen aus einer alten Schrämmaschine in Zusammenarbeit mit der Firma Eickhoff in Bochum den ersten Prototyp eines Schrämladers. Es konnte der Beweis erbracht werden, dass es möglich war, mit Hilfe dieser schneidenden Kohलगewinnungsmaschine Kohle mechanisch zu lösen und zu laden. Der endgültige „Eiserne Bergmann“ oder „Eiserne Heinrich“ entstand dann in Zusammenarbeit mit der gleichen Firma und kam Anfang 1941 zum Einsatz. Es wurden schon damals beachtliche Leistungszahlen erreicht.

Auch der im Jahre 1942 neu hinzugekommenen schälenden Kohलगewinnung gegenüber zeigte man sich aufgeschlossen. 1943 lief der erste Kohlenhobel mit Kettengewinde auf Rheinpreussen Schacht V, eine Antriebsart, die nur von wenigen

Zechen erprobt wurde, heute aber in den modernen Hobelanlagen wieder zu finden ist.

Der erste Kohlenhobel arbeitete zusammen mit der Schüttelrutsche. Man erkannte aber bald die Vorteile des robusten Panzerförderers und verwendet ihn überall dort mit und ohne Gewinnungsmaschinen, wo er verspricht, die schwere Arbeit des Bergmanns zu erleichtern. Dass dabei dem stählernen Grubenausbau, insbesondere dem Strebausbau, im Hinblick auf eine mögliche Mechanisierung größtes Interesse geschenkt wird, versteht sich am Rande.

WAS DIE FELDGRÖSSE BEDEUTET

Kommen wir aber in diesem Zusammenhang nochmals auf die Flözmächtigkeit und verwandte Fragen zurück, so muss als weiterer wichtiger Tatbestand erwähnt werden, dass der Bergbau am linken Niederrhein sich von dem rechtsrheinischen, besser gesagt, zentralen Ruhrbergbau durch zwei Punkte unterscheidet:

Erstens galt z. Zt. der Mutungen noch das französische Bergrecht, wonach mit einem Fundpunkt erheblich größere Felder gemutet und verliehen werden konnten.

Zweitens brachten die ersten Bohrungen nicht gerade üppige Aufschlüsse, so dass man aus Sorge, die Kohlenvorräte könnten nach der Teufe zu gering bleiben, sich in der Feldesausdehnung eine Sicherheit schuf. Wie gut diese Maßnahme war, haben die späteren Aufschlüsse erwiesen, bei denen sich ergab, dass die anstehende Kohlenmenge auf einen Quadratmeter Grubenfeldfläche im linksrheinischen Bergbau nur etwa halb so groß ist wie im rechtsrheinischen Revier, nämlich: linksrheinisch 9,9 t/m² gegenüber rechtsrheinisch 19,7 t/m².

Die Sonderstellung des linksniederrheinischen Bergbaus mit seiner höheren Leistung je Mann und Schicht ist durch den Unterschied zwischen der flachen Lagerung am Niederrhein und der steilen und halbsteilen im zentralen Ruhrgebiet bedingt. Im übrigen sind die Lagerung im Norden und Osten des Ruhrgebiets auch vorwiegend flach und die Grubenfelder erheblich größer als im Zentrum. Da die flache Kohlenablagerung die Einrichtung großer Kohlenabbaureviere mit langen Strebfronten und großen Abbaulängen gestattet, wird eine längere Lebensdauer und eine hohe tägliche Leistung bei gleichzeitiger Verringerung der Betriebskosten erzielt.

DAS MASCHINENPROBLEM

Die Sonderstellung von Rheinpreussen kam z. B. auch in dem speziellen Charakter der Bevölkerungsbewegung zum Ausdruck, die das Erstarken des Unternehmens kurz vor der Jahrhundertwende nach sich zog. Für die rechtsrheinischen Kohlenreviere bedeutete die Sogwirkung der wachsenden Industrie, dass ungefähr von 1875 an aus dem Osten Deutschlands, aber sodann auch aus den benachbarten ausländischen Staaten viele Tausende von Arbeitskräften herüberwanderten, da die bergbauwilligen Kräfte des Ruhrgebietes und der im Norden in den Kohlenbergbau einbezogenen Bezirke ganz überwiegend bereits in den Betrieben tätig waren.

Heimische Reserven fand die Industrialisierung auf dem rechten Rheinufer von den 1870er Jahren an kaum noch vor. Im Gegensatz hierzu standen im Kreise Moers zunächst noch Arbeitsreserven aus der bäuerlichen Bevölkerung zur Verfügung. Die aus dem Osten zuströmende Welle erreichte daher Rheinpreussen erst in einer Zeit, als die Wanderung der Arbeitskräfte nicht mehr wie in den 1870er und 1880er Jahren in Form von geschlossenem Zuzug einheitlicher Gruppen erfolgte. Während beispielsweise die Zuwanderung im rechtsrheinischen Bergbau oft in Gestalt

geschlossener Siedlungen der landsmannschaftlichen Gruppen zum Ausdruck kam, verlief die Entwicklung im Kreise Moers anders.

WOHER STAMMEN DIE ZUWANDERER?

Nimmt man das Jahr 1913 zur Beurteilung der Zusammensetzung, wie sie damals die Belegschaft von Rheinpreussen im Ergebnis der Zuwanderungen aufwies, so zeigt sich folgendes: Von 9.710 Mann Gesamtbelegschaft waren 3.740 „Ausländer“; unter Tage betrug der Anteil der Ausländer an der Belegschaft 43,6 v.H., auf die Gesamtbelegschaft gerechnet 38,2 v.H. Der Löwenanteil der ausländischen Belegschaftsmitglieder entfiel auf Österreicher mit einem Anteil von 26,7 v.H., einschließlich der Ungarn sogar von 33,8 v.H. Unter die „Österreicher“ bezog man damals Slowenen, Kroaten und Slowaken ein; wahrscheinlich stellten diese Gruppen den Hauptteil der am linken Niederrhein ansässig gewordenen Österreicher dar. Hinzu kamen noch ein paar Hundert Italiener und Holländer, auch eine kleinere Anzahl von Polen.

Im ganzen war es also eine recht buntgemischte Schar von neuen Kräften, die sich in dieser entscheidenden Aufstiegsphase auf den Rheinpreussen-Schächten zusammengefunden hatte; und die organisatorische und menschliche Behandlung mochte manche schwierige Aufgabe stellen, besonders deshalb, weil hier mehr Einzelgänger zuwanderten, so dass also eine individuelle Assimilierung als Form der Eingliederung dieser Männer in die neue Heimat stattfand, nicht so sehr ein Leben in mehr oder weniger geschlossenen Zirkeln innerhalb der deutschen Stammbevölkerung, wie dies in den Zentren des rechtsrheinischen Bergbaus die Regel war. Das hatte wichtige Folgen für das Zusammenleben der Menschen in den Gemeinden, aber auch für die Sprache und ihre lebendige Entwicklung, die ebenfalls mancherlei Abweichungen von der Bergmannssprache der rechtsrheinischen Bergbaugebiete zeigte und auch heute noch zeigt. Inzwischen sind aber die Familien der alten Einwanderer längst in die Bevölkerung eingeschmolzen, und praktisch ist seit 1914 keine Ausländer-„Immigration“ mehr erfolgt. Wohl kamen aus Mitteldeutschland und aus dem Osten Vertriebene, die nach dem zweiten Weltkrieg und der Spaltung Deutschlands eine neue Heimat suchten, aber dabei handelte es sich ja nicht um Ausländer wie in den Zeiten von 1880 bis 1914.

DAS WACHSTUM DER INDUSTRIEGEMEINDEN

Was uns aus den Zeiten überliefert ist, in denen Rheinpreussen den Durchbruch zum Erfolg erzwang, das erinnert in mancher Hinsicht an die Gegenwart und ihre Sorgen um die Arbeitskraft, und zwar besonders was den Nachwuchs von Aufsichtspersonal anlangte. Das war nicht weiter verwunderlich, denn die Schachanlage Rheinpreussen war ja in einem ganz besonderen Sinne „auf die grüne Wiese“ gesetzt worden — in eine Gegend, die überhaupt erst ein „Revier“ werden sollte, in der eine Zeche keinerlei Nachbarn des eigenen Schlags hatte, in der es keine bergbauliche Tradition und keine Bergleute gab. Die Folge davon war, dass man sich den Nachwuchs für das Aufsichtspersonal von den Bergschulen aus Essen und Bochum herüberholen musste. Man kann sich vorstellen, dass es manchmal nicht ganz leicht gewesen sein mag, die Leute dort zu einem Ortswechsel zu veranlassen. Wie dem auch sei, der Bergbau führte, auf dem linken nicht weniger als auf dem rechten Rheinufer, zu einer Wandlung nicht nur in der Zusammensetzung der Einwohnerschaft, sondern rein quantitativ auch in der Bevölkerungszahl, — einer Bewegung, die man sich um die Mitte des 19. Jahrhunderts nicht hätte träumen

lassen. Von den 1850er Jahren bis zur Gegenwart hat sich in Homberg die Einwohnerzahl fast verzehnfacht — sie ist von 3.500 auf annähernd 34.000 gestiegen —, während Moers und Rheinkamp ungefähr eine Versechsfachung erlebt haben. Die Industriegemeinden sind in keiner Beziehung mehr mit dem Zustand zu vergleichen, in dem sie bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts verharrt hatten, während umgekehrt bei den Kleinstädten und Gemeinden mit ländlicher Struktur, deren Bevölkerungszuwachs sich in bescheidenem Rahmen hält — so wuchs beispielsweise Orsoy in diesem Jahrhundert von 1855 bis 1955 nur um 53 v.H., — die Sozialstruktur sich nur unwesentlich verändert hat.

DIE NÄHRMUTTER

Der Wandel, der sich in dem gewaltigen Anwachsen der städtischen Bevölkerung ausdrückt, ist überwiegend durch die Entwicklung des Bergbaus verursacht, vor allem durch das Wachstum des größten Bergbauunternehmens. Rheinpreussen, seit Anfang des 20. Jahrhunderts der größte Arbeitgeber des Kreises, hat damit automatisch einen großen Teil der Verantwortung für das soziale Leben übernommen.

Dem Chronisten dokumentiert sich die enge Verbundenheit von Rheinpreussen mit dem Kreise Moers und den Gemeinden des Kreises sowie mit allen kommunalen, sozialen und sonstigen Einrichtungen höchst anschaulich, wenn er in den Akten und Korrespondenzen blättert und sich über die Spenden orientiert, die Rheinpreussen immer wieder großzügig zur Verfügung stellte. Wir greifen nur ein paar Einzelbeispiele aus der Fülle dieser Zeugnisse für die Rolle heraus, die Rheinpreussen für das kirchliche Leben, für die soziale und kommunale Entwicklung spielte. Da finden sich in alten Aufzeichnungen u.a. folgende Zahlen und Daten: Im Jahre 1903: 1.500 Mark für den Bau eines Betsaales in Asberg, im Jahre 1909: 900 Mark (den gleichen Betrag auf mehrere Jahre fest zugesagt) als Zuschuss für die Gehälter von vier evangelischen Pfarrern in Homberg, im Jahre 1912: 300.000 Ziegelsteine zur Errichtung des evangelischen Gemeindehauses in Homberg, im gleichen Jahre 30.000 Mark für den Bau einer katholischen Kirche in Moers — die Aufzählung aller dieser Spenden würde ganze Seiten füllen, mochte es sich nun um Nähmaschinen für Frauenheime handeln, um Beihilfen für die Einkleidung von Konfirmanden, um Zuschüsse zu Schulbauten und für Krankenhäuser, um finanzielle Unterstützung der Feuerwehr, um eine Fahne für die österreichisch-ungarischen Vereine, um einen Sportpreis für die Ruderliga des Homberger Gymnasiums — immer wieder wird hundertfältig auf solche Weise illustriert, was Rheinpreussen für das soziale und kulturelle Leben des Kreises und der Gemeinden bedeutet: Das älteste und größte Bergbauunternehmen am linken Niederrhein war und ist die große Nährmutter, das wirtschaftliche Zentrum, nicht nur als der bei weitem größte Arbeitgeber, sondern in einem viel umfassenderen soziologischen Sinne als der zivilisatorische Hort dieses Bezirks des linken Niederrheins.

WOHNUNGSBAU — EIN KERNPROBLEM DES SOZIALEN LEBENS

Die Verantwortung für das soziale Leben im Bergbaubezirk am linken Niederrhein kommt auch darin zum Ausdruck, dass Rheinpreussen seit den 1880er Jahren im Wohnungs- und Siedlungswesen eine umfängliche und segensreiche Tätigkeit entfaltete. Anfänglich spielte dieses Problem kaum eine Rolle. Die bei den Abteufarbeiten (1857 – 1884) der Schächte I/II beschäftigten Arbeiter entstammten der ortsansässigen Bevölkerung; die Zahl der von auswärts zuziehenden

Facharbeiter war gering, diese Familien fanden zunächst ohne Schwierigkeiten in Homberg selbst oder in benachbarten Ortschaften genügend geeignete Wohnungen. Aber als der steigende Belegschaftsbedarf nicht mehr durch ortsansässige Arbeitskräfte gedeckt wurde, trat die Notwendigkeit auf, für Arbeiter und ihre Familien geeignete Wohnmöglichkeiten zu schaffen. Charakteristisch für die Entwicklung war, dass im Oktober 1881 genau 90 Bergleute, von denen 40 verheiratet waren und insgesamt 84 Kinder hatten, aufgrund „unzureichender“ Unterbringungsverhältnisse „verleitet“ wurden, nach Nordamerika auszuwandern. Werkseigene Häuser wurden zum ersten Male in Hochheide und Homberg im Jahre 1889 gebaut; die erste größere in sich geschlossene Siedlung entstand um die Jahrhundertwende in Homberg; 184 Häuser mit 634 Werkwohnungen wurden damals errichtet. In der Folgezeit mussten immer neue Bauprogramme in Angriff genommen werden; die ständige Vergrößerung der Belegschaften, der Zustrom aus dem Reich und aus dem Osten und Südosten Europas wäre überhaupt nicht zu „verkräften“ gewesen, wenn man den Leuten nicht ein Dach über dem Kopf hätte bieten können. 1907 waren schon Hunderte von Häusern mit 3.639 Wohnungen fertiggestellt, und bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges wuchs der Wohnungsbestand bei Rheinpreussen selbst auf 4.660 an, wozu noch 3.507 Wohnungen bei der Zeche Neumühl kamen, so dass insgesamt 8.167 zecheneigene Wohnungen zur Verfügung standen. Gewaltige Arbeit war nach dem Kriege zu leisten, um die zerstörten Häuser wieder aufzubauen und die beschädigten wiederherzustellen, — nur 305 Wohnungen waren unbeschädigt geblieben, 7.862 waren zerstört oder wiesen einen Schadensgrad bis zu 60 v.H. auf. So wurde der Wohnungsbau nun erst recht zu einer Aufgabe erster Ordnung, noch viel wichtiger als in den Jahren vor dem Kriege. Ende 1952 konnte der Wiederaufbau praktisch als abgeschlossen gelten, aber zugleich wurde der echte Neubau stark gefördert. Ein besonderes Anliegen des Unternehmens ist dabei auch der Eigenheimbau. So wurden seit der Währungsreform insgesamt 2.840 Eigenheime gefördert. Fasst man alle Bauobjekte zusammen — Werkwohnungen, Eigenheime und Mietwohnungen gemeinnütziger Gesellschaften —, so stehen heute insgesamt 15.514 Wohnungen der Belegschaft zur Verfügung. Bei diesen Zahlen ist allerdings zu berücksichtigen, dass 29 v.H. von Invaliden, Witwen und Werksfremden bewohnt werden. Den Invaliden und Witwen überlässt Rheinpreussen trotz des relativ hohen Anteils nach wie vor die mietgünstigeren Werkwohnungen ohne jede Einschränkung.

GEMEINSCHAFTSAUFGABEN AM NIEDERRHEIN

Der linksrheinische Kohlenbezirk hat heute noch seine eigenen Institutionen, die gemeinsamen Aufgaben des Bergbaus und seinen Menschen dienen. Erwähnung verdient hier vor allem, dass die Zechen am linken Niederrhein eine eigene Knappschaft haben und einen „Verein der Bergwerke“. Außerdem sind eine eigene Bergschule und Bergvorschule vorhanden. Das Bergamt hat ebenfalls einen Sitz in Moers eingerichtet.

Daneben spielt seit der Jahrhundertwende die wasserwirtschaftliche Ordnung eine wichtige Rolle. Wasserprobleme sind im Bergbau seit eh und je von großer technischer und wirtschaftlicher Bedeutung gewesen. Es gibt Bergwerksbetriebe, bei denen mehr Wasser als Kohle gefördert wird, und gerade auf Rheinpreussen war die Wasserfrage immer wieder Gegenstand besonderer technischer und ökonomischer Überlegungen und Maßnahmen gewesen. Es mag bei dieser Gelegenheit an eine historische Tatsache erinnert werden, die heute nur noch den Spezialisten der Wassergeschichte geläufig ist: Die bergbaulichen Wasserhaltungsprobleme bildeten

den Anstoß zu der entscheidenden Phase der maschinentechnischen Revolution: Die Erfindung der Dampfmaschine, besser gesagt, ihre entscheidende Vervollkommnung durch James Watt vor nunmehr 180 Jahren war für den Bergbau ein Ereignis von lebenswichtiger Bedeutung, denn ohne eine wesentliche Verstärkung der Pumpenkapazität, wie sie nur durch die Ausgestaltung der Dampfmaschine möglich war, hätte der Bergbau der in größeren Tiefen zunehmenden Wassermassen nicht Herr werden und infolgedessen die Förderung nicht in dem Maße ausdehnen können, wie es der mit der fortschreitenden Industrialisierung wachsende Kohlenverbrauch verlangte. James Watt konstruierte seine erste Dampfmaschine zur ausschließlichen Verwendung im Pumpenantrieb für eine schottische Kohlengrube! Auf der anderen Seite brachten die Wasserverhältnisse, mit denen sich der Bergbau zu beschäftigen hatte, zugleich auch Störungsgefahren auf der Erdoberfläche mit sich. Das hatte man besonders an der Emscher erfahren, wo Versumpfungen durch Bodensenkungen recht unangenehme Konsequenzen hatte.

WERDEN UND WIRKEN DER „LINEG“

Im Moerser Gebiet erwog man deshalb rechtzeitig, d. h. schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Maßnahmen, um Störungen in den Vorflutverhältnissen von vornherein zu vermeiden und insbesondere Schäden in der Landwirtschaft vorzubeugen. Die Gewerkschaft Rheinpreussen setzte sich an die Spitze dieser Bestrebungen und gründete 1908 gemeinsam mit anderen Bergbauunternehmen den „Verein zur Aufstellung eines Entwässerungsplanes für das linksrheinische Industriegebiet“; den Vorsitz übernahm Heinrich Pattberg. Der Verein arbeitete zwei Projekte aus, von denen das eine die Entwässerung des ganzen Gebietes in Richtung auf die Maas, also nach Holland hinein, das andere zwei Vorflutkanäle zum Rhein vorsah. Dieses zweite Projekt wurde verwirklicht, und zwar auf dem Wege der Gründung einer Genossenschaft, die der Emschergenossenschaft nachgebildet ist. Ihre Existenz beruht auf einem Gesetz aus dem Jahre 1913, ihr Name ist „Linksniederrheinische Entwässerungsgenossenschaft“, abgekürzt Lineg. Genossen sind satzungsgemäß die Eigentümer der im Genossenschaftsgebiet liegenden Bergwerke, ferner die Eigentümer der in diesem Gebiet liegenden anderen gewerblichen Unternehmungen, Eisenbahnen, Schifffahrtskanäle und sonstige Anlagen und schließlich die im Genossenschaftsgebiet liegenden Gemeinden. Die Hauptlast der Entwässerungskosten liegt auf den Schultern der Unternehmer, d. h. praktisch des Bergbaus. Er ist es auch heute noch, der die Entwässerungsgenossenschaft trägt. Die erste große Teilleistung, die von der Lineg durchgeführt wurde, war die Vorflutregelung und die Abwässerbeseitigung für das große Niederschlagsgebiet des Moersbaches und der Fossa Eugeniana im südlichen Teil des Kreises Moers, wozu der Bau eines Pumpwerkes bei Rheinberg notwendig wurde. Die Zechenabwässer werden mit Rücksicht auf die Landwirtschaft nicht in den neuen Vorfluter, sondern mit Druckrohrleitungen unmittelbar oder mittelbar durch die als Betriebsabwasserkanal freigegebene Fossa Eugeniana in den Rhein geleitet.

DER WEG IN DIE CHEMIE

Im Grunde haben die meisten Aufgaben und Probleme von Rheinpreussen ihre Wurzel im Standort, in der Ansiedlung links des Rheins. Nur von einem, worin sich Rheinpreussen von anderen Bergbauunternehmen unterscheidet, gilt dies nicht: von der Betätigung in der Chemie. Sie hat wenig oder nichts mit dem Standort zu tun,

sondern sie ist eine Besonderheit, die aus anderen Erwägungen erwuchs, aus freiem Entschluss der Unternehmensleitung, die schon in den ersten Anfängen der Kohleveredlung große Aufmerksamkeit widmete. Frühzeitig wurde die Errichtung von Kokereien und Teerverarbeitungsanlagen in Angriff genommen — bereits 1879 begann Rheinpreussen mit der Kokserzeugung —; später wurde der Anteil der Verkokung an der Förderung erhöht.

Das alles war aber noch keine Betätigung in der Chemie im eigentlichen Sinne, man griff noch nicht über die Bereiche hinaus, in denen auch andere Zechenunternehmen wirkten. Die ersten weitergehenden Pläne reichen aber immerhin schon bis in das Jahr 1932 zurück, in eine Zeit, in der die Steinkohle notleidend war: schlechter Absatz, niedrige Förderzahlen, gedrückte Preise, Schwierigkeiten mit den Absatzquoten im Syndikat ließen den Gedanken wach werden, ob es nicht ratsam sei, ein so großes Unternehmen mit so vielen Beschäftigten nicht ewig nur „auf einem Bein“ stehen zu lassen. Es dauerte aber dann noch fast drei Jahre, bis diese Gedanken sich zu dem Plan verdichteten, ein Treibstoffwerk zu errichten. Der Beschluss wurde im Sommer 1935 gefasst, als auch andere Unternehmungsgruppen des Steinkohlenbergbaus sich der Treibstoffherzeugung zuwandten. Im Gegensatz zu anderen Gruppen ging man von vornherein selbständig vor, d. h. auf rein privatwirtschaftlicher Grundlage, ohne Subventionen und ohne Bindung an das Reich, dessen Wirtschaftspolitik damals im Interesse einer Verselbständigung der deutschen Kraftstoffversorgung die Treibstoffherzeugung aus der Kohle stark forcierte. Als Standort des Treibstoffwerkes hatte man zunächst die Pattbergschächte vorgesehen; aber im endgültigen Baubeschluss trat an deren Stelle der Schacht V. Im Februar 1936 wurde mit dem Bau begonnen, die Kapazität der Anlage von zunächst 30.000 Tonnen wurde noch im gleichen Jahr auf 50.000 Tonnen erweitert. Eine teilweise Inbetriebnahme erfolgte bereits im Juli 1936, und von da an kam man Schritt für Schritt zu einer Ausdehnung der Produktion, nicht nur in quantitativer Hinsicht bei der Treibstoffherzeugung selbst, sondern auch in bezug auf die Einbeziehung neuer Erzeugungszweige in das Programm, — von Anfang an hatte man sich darauf eingestellt, aus den Fischer-Tropsch-Produkten nicht nur Treibstoffe herzustellen, sondern auch andere Zwischenprodukte, die in Verbindung mit den Erzeugnissen aus den Nebenprodukten-Anlagen der Kokereien der Weiterverarbeitung zugeführt werden sollten. Vor allem war es die Schmierölfabrikation, die im Laufe der anschließenden Jahre eine wichtige Rolle spielte, da sich herausstellte, dass das sogenannte Fischer-Tropsch-Verfahren, das die Grundlage der Rheinpreussen-Treibstoffgewinnung bildete, ein auch für die Schmierölherstellung hervorragend geeignetes Ausgangsmaterial lieferte. Neben der Schmierölproduktion wandte man sich später verschiedenen anderen chemischen Fabrikationszweigen zu, so den Ausgangsstoffen für Waschmittel, der Harzproduktion, der Alkoholerzeugung, ferner Lösungsmittel und schließlich auch pharmazeutischen Präparaten. Besonderen Wert legte Rheinpreussen dabei auf eigene Forschungsarbeit und auf die Entwicklung neuer Verfahren; der Erfolg rechtfertigte diesen Aufwand.

DER ANTEIL DER CHEMIE

Diese ganze Entwicklung des chemischen Zweiges fußte ursprünglich auf der Treibstoffherzeugung, aber über dieses Gebiet griff man im Laufe der Jahre hinaus, und als Ganzes löste sich die Betätigung Rheinpreussens in der Chemie allmählich von der Treibstoffherstellung ab. Das kam auch darin zum Ausdruck, dass die synthetische Treibstoffherzeugung selbst nach der Zerstörung des Treibstoffwerkes

während des Krieges und nach ihrem Abbruch nicht wieder aufgenommen wurde. Der Grund hierfür lag weniger darin, dass die Besatzungsmächte anfänglich jede deutsche Kraftstoffproduktion untersagten, als vielmehr in den völlig veränderten Preisverhältnissen. Insbesondere die Erhöhung der Kokspreise beeinflusste die Kosten des Fischer-Tropsch-Verfahrens und die erzielbaren Verkaufserlöse so stark, dass das Verfahren fürs erste unrentabel wurde.

Es lässt sich schwer etwas darüber sagen, ob bei einer Weiterführung der Treibstoffherzeugung der Anteil, den die chemischen Produktionen am Gesamtumsatz des Unternehmens haben, höher geworden wäre, als er jetzt ist. Nur etwa 5 v.H. des Gesamtumsatzes von Rheinpreussen entfällt auf die Chemie, eine Zahl, die nicht nur das Ergebnis des Wiederanstiegs der bergbaulichen Erzeugung ist, sondern ebenso ein Ausdruck vorsichtigen Eindringens in Neuland.

RHEINPREUSSEN GMBH

Wie auf jedem industriellen Sachgebiet eine erfolgreiche wirtschaftliche Betätigung nicht nur die Produktion als solche zur Voraussetzung hat, wie überall von Anfang an auch der Vertrieb, der Absatz in die Planung einbezogen werden muss, so auch hier, in der Betätigung Rheinpreussens auf dem Gebiet chemischer Erzeugnisse: Im Oktober 1936 gründete Rheinpreussen zusammen mit der Firma Franz Haniel & Cie. GmbH die Rheinpreussen GmbH mit dem Sitz in Homberg als Vertriebsunternehmen für Treibstoffe, Öle, Schmiermittel, Teerprodukte und andere Erzeugnisse, die bei der Kohleverarbeitung anfallen, vor allem aber auch zur Erstellung von Anlagen, die dem Vertrieb und der Lagerung aller dieser Produkte dienen. Die Franz Haniel & Cie. GmbH brachte damals die Firma Weyer & Co. in Moers mit ihren Erfahrungen auf dem Treibstoffmarkt in die Neugründung ein; später übernahm die Rheinpreussen GmbH einige kleinere Mineralölhandelsfirmen in Köln, Stuttgart und München sowie die Allgemeine Brennstoffhandels-gesellschaft (ABC) aus dem Konzern de Wendel mit Niederlassungen in Aachen, Bonn, Duisburg, Düsseldorf, Köln und Herringen bei Hamm in Westfalen.

Auf diese Weise wuchs die Rheinpreussen GmbH rasch zu einer verhältnismäßig bedeutenden Vertriebskapazität im Mineralölgeschäft heran und hatte sich bereits bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges einen nennenswerten Marktanteil gesichert. Als das Treibstoffwerk von Rheinpreussen den Kriegseignissen zum Opfer gefallen war und als man auf seinen Wiederaufbau verzichtete, bedeutete dies nicht, dass die Rheinpreussen GmbH überflüssig geworden wäre. Sie überbrückte die Zeit der Mineralölzwangswirtschaft durch den Handel mit den verschiedenartigsten chemischen Produkten und stand im Mineralölgeschäft Gewehr bei Fuß. Sobald die Zwangsbewirtschaftung der Kraftstoffe fiel, trat sie wieder auf den Plan, erneuerte und erweiterte ihr Tankstellennetz und sicherte sich im Laufe der letzten Jahre einen guten Mittelplatz zwischen den kleinen Kraftstoffhändlern und den großen Mineralölkonzernen. Heute umfasst die Organisation der Rheinpreussen GmbH sechs Verkaufsabteilungen in Homberg, Köln, Frankfurt / Main, Stuttgart, München und Hamm. Rund 800 Tankstellen und 25 Auslieferungslager tragen einen stattlichen Absatz von Vergaserkraftstoffen, Dieselmotorkraftstoffen, Motorenölen, Heizölen, Industrieölen und -fetten, daneben aber auch das Handelsgeschäft mit chemischen Produkten aus der Rheinpreussen-Erzeugung. Das Firmenschild der Rheinpreussen GmbH, tritt dem Kraftfahrer in zahlreichen deutschen Städten entgegen und versinnbildlicht die erfolgreiche Tätigkeit eines über den Ausgangsbereich des Steinkohlenbergbaus hinausgewachsenen großen Unternehmens.

INS ZWEITE JAHRHUNDERT

An der Schwelle des zweiten Jahrhunderts fasst der Geschäftsbericht 1955 das bis heute Erreichte in nüchternen Zahlen zusammen. Mit einer Belegschaft von 18.390 Mann wurde ein Jahresumsatz von 314,5 Millionen DM erzielt, je Beschäftigten also 17.100 DM; die Kohlenförderung von 5,453 Millionen Tonnen spiegelt eine Leistung pro Mann und Schicht im Untertagebetrieb von 2.036 kg wider, womit Rheinpreussen nicht weniger als 30 v.H. über der Durchschnittlichen Leistung des gesamten rheinisch-westfälischen Kohlenreviers von 1.572 kg lag. Die Personalkosten von 134 Millionen DM oder 7.290 DM pro Kopf der Belegschaft machten 42,7 v.H. des Umsatzes aus. Den Eigentümern des Unternehmens, den Aktionären, verblieb von dem Umsatz als Kapitalertrag nur ein relativ kleiner Teil von 7 Millionen DM, also weniger als 2,5 v.H., hauptsächlich deshalb, weil der größere Teilhaber, der Fiskus, sich das beste Stück „aus dem Kuchen“ herauschnitt, wie die von der Gesellschaft veröffentlichten Zahlen dartun.

PATTBERGS ERBE

Seit 1948 hat Rheinpreussen 200 Millionen DM in die Betriebe gesteckt — wovon etwa ein Viertel nicht aus eigenen Kräften finanziert, sondern durch Kreditaufnahme gedeckt wurde —, aber neuerer größerer Aufwand steht noch bevor. Denn der Steinkohlenbergbau muss noch mehr leisten, wenn die Kohle ihre Rolle als wichtigster Energieträger behaupten will. Schon 1955 hat sich die Durchschnittsförderung der Grubenbetriebe auf mehr als 18.000 Tonnen pro Tag heben können. Zum größten Teil ist das Plus der Leistungssteigerung zu verdanken, die auf den Pattbergschächten erzielt werden konnte. Die Leistung je Mann und Schicht erreichte auf den Pattbergschächten 2.767 kg gegen 2.403 kg im Jahre 1954. Nach wie vor steht die gesamte Grubenleistung, die 1955 die Zwei-Tonnen Grenze pro Tag und Kopf der Belegschaft überschritt, ebenfalls an der Spitze aller Bergbaugesellschaften des Ruhrbezirks, die mehrere Förderanlagen betreiben. Neben den Pattbergschächten liegen auch die Schächte IV und V mit rund 2.000 kg in der Spitzengruppe und weit über dem Ruhrdurchschnitt, während Neumühl mit ungefähr 1 ½ Tonnen sich etwas unter dem Mittelwert hält.

AUF DIE MENSCHEN KOMMT ES AN

Die Pattbergschächte könnten noch mehr leisten, 8.000 Tagestonnen oder auch etwas darüber, wenn es möglich wäre, mehr Bergleute anzulegen. Aber hier stößt man nun auf die Grenze der Produktionssteigerung. Es ist schwieriger, Arbeitskräfte zu bekommen, als Investitionen zu finanzieren! Könnte man wenigstens die Fehlschichten herabdrücken, so würde das schon einen wesentlichen Fortschritt bedeuten. Wenn im Jahre 1955 die Fehlschichten in den Untertagebetrieben etwa 18 v.H. ausgemacht haben, so heißt das, dass dort jeder fünfte oder sechste Bergmann ausfällt. Es ist leicht zu verstehen, was das für die Förderung bedeutet. Im übrigen aber ist 1955 sogar die Gesamtbelegschaft zum ersten Male nach dem Kriege rückläufig gewesen, wenn auch nur um etwa ½ v.H. Im Jahre 1955 wurden zwar 3.416 Kräfte neu eingestellt, aber zugleich gingen 3.607 wieder ab, so dass die Gesamtzahl von 18.489 auf 18.390 sank. Dabei sah die Leitung des Unternehmens nach wie vor ihre besondere Aufgabe darin, die Zusammenarbeit zwischen den Beschäftigten und den Betriebsleitungen auf allen Stufen zu stärken. Durch fortlaufende Berichte in der Werkszeitung wird die Belegschaft über die wichtigsten

Betriebsvorgänge und über die weiteren Pläne unterrichtet. In regelmäßigen Abständen werden Betriebsbesprechungen durchgeführt, in denen die Mitglieder des Vorstandes sich mit den verantwortlichen Mitarbeitern und den Vertretern der Belegschaft unterhalten. Es ist der Wunsch der Unternehmensleitung, die Mitarbeit im Betrieb durch Überzeugung und Einsichtnahme zu gewinnen und jedem die Zufriedenheit zu vermitteln, die das Bewusstsein, an einem sinnvollen Ganzen mitzuarbeiten, gewährt.

DER ZWANG DER „SOZIALEN KONKURRENZ“

Das Arbeiterproblem ist das Kardinalproblem des Steinkohlenbergbaus. Die Bundesrepublik mit ihrem Bergbau, ihren sonstigen Industrien und überhaupt allen ihren Wirtschaftszweigen steht in der Welt nicht nur in einem wirtschaftlichen Wettbewerb, sondern dieser Wettbewerb ist zugleich auch eine soziale Konkurrenz. Von den USA, dem Land, das aus der Anwendung technischer Hilfsmittel bisher den größten Nutzen hat ziehen können, geht ein unabweisbarer Zwang aus, in den Wettbewerbsländern ein Gleiches zu erreichen, — kein Land kann sich diesem Zwang entziehen, auf die Dauer nicht einmal die Staaten hinter dem Eisernen Vorhang. Um wie viel mehr steht Europa vor der Aufgabe, den Vorsprung Amerikas einzuholen, des Konkurrenten, der zwar nur 7 v.H. der Weltbevölkerung innerhalb seiner Grenzen wohnen hat, der aber annähernd die Hälfte der industriellen Weltproduktion leistet. Europa muss, um den Vorsprung der USA einholen zu können, seine Produktionsleistung pro Kopf der Bevölkerung verdoppeln, damit es sich auch im Verbrauch das Doppelte der bisherigen Größenordnungen leisten kann. Zwei Voraussetzungen sind hierfür zu erfüllen: Es muss der große einheitliche Absatzmarkt in Europa geschaffen werden, wie ihn die Amerikaner in ihrem Lande schon seit dem Beginn der Industrialisierung gehabt haben — das ist eine politische Aufgabe, zu der die in der Wirtschaft tätigen Menschen unmittelbar nichts beisteuern können. — Die zweite Voraussetzung aber ist Sache jedes einzelnen Unternehmens und jedes in der Wirtschaft tätigen Menschen: die Rationalisierung. Rheinpreussen hat in den Jahren nach der Währungsreform von 1948 bis 1955 ein großes Investitionsprogramm mit dem schon genannten Aufwand von über 200 Millionen DM vollendet. Was dabei im einzelnen geleistet wurde, kann hier nicht geschildert werden. Der Gesamteffekt kommt in den Leistungszahlen und in der Produktionssteigerung überzeugend zum Ausdruck.

DIE KOHLE HINKT NACH

Kehren wir zurück zu den allgemeinen Perspektiven der Kohle: Sie hinkt im allgemeinen wirtschaftlichen Anstieg nach, und das ist für den Bergbau eine Warnung und eine Mahnung. Die gesamte industrielle Produktion ist, setzt man die Zahlen von 1936 = 100, bis zum Jahre 1955 auf 204 gestiegen; der Produktionsindex des Kohlenbergbaus erhöhte sich nur auf 119. Dabei ist anzunehmen, dass der Bedarf innerhalb der nächsten 20 Jahre um 50 v.H. steigen kann. Wir sind aber heute schon im Bundesgebiet in einem Umfang von der Einfuhr amerikanischer Kohle abhängig, der für den Fall etwa eines Bergarbeiterstreiks in den USA ernste Störungen in unserer Wirtschaft zur Folge haben muss. Wir stehen also vor der Notwendigkeit, unsere Steinkohlenförderung zu erhöhen, sonst baut unsere gesamte Industrie auf Sand.

DAS PROBLEM ALS ANGELPUNKT

Die Aufgabe des Bergbaus, den Energiebedarf zu decken, kann nicht ohne Zusammenhang mit dem Preisproblem behandelt werden. Der Idealfall völliger Preisfreiheit führt automatisch zu einem Ausgleich von Angebot und Nachfrage. Dieser Automatismus gehört zu den Grundgesetzen des Wirtschaftslebens, die keine Wirtschaftspolitik, kein noch so gutgemeinter staatlicher Eingriff auf die Dauer außer Kraft setzen kann. Der Kohlenbergbau hat eigentlich schon seit fast vier Jahrzehnten keine Preisfreiheit mehr gekannt. Schon seit 1919 unterlag die Festsetzung der Ruhrkohlenpreise, die damals das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat vornahm, der behördlichen Genehmigung. In der Zeit nach 1933 herrschte sodann der Preisstop, und nach dem zweiten Weltkrieg gab es erst recht keine selbstverantwortliche Gestaltung der Kohlenpreise durch die Zechen oder ihre Organisationen. Die leider weitverbreitete Vorstellung, die Kohlenpreise würden „davonlaufen“, wenn man sie völlig freigeben würde, ist unbegründet. Der natürliche Wettbewerb anderer Energiequellen hat zu allen Zeiten den Preisbewegungen Grenzen gesetzt und wird dies zukünftig vielleicht sogar in noch höherem Maße tun als bisher. Auf der anderen Seite haben erfahrungsgemäß — das hat gerade die Zeit nach 1948 gelehrt — nur diejenigen Wirtschaftszweige, die in ihren Preisdispositionen frei waren und sind, die zum Ausgleich von Nachfrage und Angebot erforderliche Produktionssteigerung verwirklichen können.

EINST UND JETZT

Der fünfzigste Geburtstag von Rheinpreussen fiel in eine Periode stetigen Anstiegs. Das Jahr 1907 sah die Gewerkschaft Rheinpreussen nach dem Abschluss schmerzlicher Lehrjahre in gesundem Wachstum.

Der fünfundsiebzigste Geburtstag stand umgekehrt im Zeichen schwerster Depression; das Jahr 1932 brachte den Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise mit ernstesten Sorgen für den Bergbau und alle in ihm verbliebenen Menschen, mehr noch für die zu unfreiwilliger Muße Verurteilten.

Der hundertste Geburtstag spielt sich nun wieder vor einer gänzlich anderen Szenerie, in einer anderen Stimmung ab: Steigender Energiebedarf! Mehr Kohle! Es muss weiter rationalisiert werden; sowohl in der Förderung wie in der Energiewirtschaft und der chemischen Auswertung der Kohle bedeutet das weitere große Investitionen. Rein äußerlich ist der wichtigste Kontrast zu der Zeit von 1931: Vor einem Vierteljahrhundert war die Kohle schwer verkäuflich — heute ist sie schwer zu kaufen. So hat jede Zeit ihre eigenen Sorgen: Damals hätte man Millionen von Tonnen mehr fördern können, heute wäre man froh, wenn man es könnte. Damals suchten die Menschen die Arbeit, heute sucht die Arbeit die Menschen — in der Gegensätzlichkeit der Problematik doch nur ein Ausdruck dafür, dass jede wirtschaftliche Entwicklung ein menschliches Problem darstellt.

VIER VERPFLICHTENDE NAMEN

An der Spitze dieses letzten Kapitels steht ein tiefsinniges Wort Goethes: Eine Chronik schreibt nur derjenige, dem die Gegenwart wichtig ist.

Man kann diesen Gedanken auch umkehren, und mit dieser Wendung sei die Jubiläumsschrift beschlossen: Was wir heute erleben, das zeigt uns auf Schritt und Tritt, dass die Leistungen bedeutender Männer der Vergangenheit aus all unserem Tun nicht wegzudenken sind. Ohne dass sie den Boden bereitet hätten, stünden wir nicht dort, wo wir uns heute befinden. Ein Jubiläumsbuch hat deshalb zu schließen

mit dem Dank der heute Schaffenden an diejenigen, die in kluger und weitschauender, fleißiger und beharrlicher Arbeit die Schaffensgrundlagen erdachten und verwirklichten.

Vier Namen stehen dabei als die wichtigsten mit für viele andere: Franz Haniel, Heinrich Hochstrate, Heinrich Pattberg und Heinrich Kost. Der vierte lebt und schafft weiter: Die drei ersten sind unvergessen und werden es bleiben, was auch immer die Zukunft für Rheinpreussen bringen wird. Rheinpreussen steht fest in einer an Aufgaben reichen Zeit und geht mutig in sein zweites Jahrhundert hinein.